

Inhalt

A. Bekanntmachungen des Landkreises		
1 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit	1	
2 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit	2	
3 Haushaltssatzung der „Regionalleitstelle Osnabrück kAöR“ für das Haushaltsjahr 2020	3	
4 Vorprüfung der Umweltverträglichkeit	4	
5 Prüfung des Jahresabschlusses 2018 der TELKOS Telekommunikationsgesellschaft mbH Landkreis Osnabrück, Osnabrück (TELKOS GmbH)	4	
6 Erste Änderung der Gebührensatzung für das „Museum im Kloster“ - Museum des Landkreises Osnabrück in Bersenbrück	6	
B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden und Samtgemeinden und der Zweckverbände		
1 1. Änderungssatzung zur Geschäftsordnung des Rates, des Verwaltungsausschusses und der Ausschüsse der Stadt Dissen am Teutoburger Wald	7	
2 1. Änderungssatzung zur Vergnügungssteuersatzung der Stadt Bersenbrück vom 09.12.2014	8	
3 Prüfung des Jahresabschlusses 2018 der VLO Bahn GmbH	9	
4 1. Änderungssatzung vom 12. Dezember 2019 zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung rückwirkend zum 01. Juli 2019 der Gemeinde Bohmte	11	
5 Satzung über die Gewährung von Entschädigungen für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtliche Funktionsträger in der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Bad Laer	12	
6 Satzung über die Änderung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Bad Laer vom 27.11.2019 (1. Änderungssatzung)	13	
7 Prüfung des Jahresabschlusses 2018 der VLO Bus GmbH	14	
8 Sonstige Berichtsbestandteile, Angaben zur Feststellung:	16	
9 Satzung der Gemeinde Bad Laer über die Veränderungssperre für den Ortskern, Bebauungsplan Nr. 355 „Ortskern südlich Bahnhof“	18	
10 Bekanntmachung des Beschlusses des Rates der Gemeinde Bohmte über den Jahresabschluss und die Entlastung für das Haushaltsjahr 2018	19	
11 Bekanntmachung des Beschlusses des Rates der Gemeinde Bohmte über den konsolidierten Gesamtabchluss für das Haushaltsjahr 2016	19	
12 Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Gemeinde Bohmte	19	
13 Bekanntmachung der Gemeinde Berge über das Inkrafttreten der 1. Änderung des Bebauungsplanes Grafeld Nr. 4 „Östlich der Herzlaker Straße“ in Berge, Gemeindeteil Grafeld	23	
14 Bekanntmachung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 71 „Sondergebiet Windpark Welperort“ der Stadt Fürstenau gem. § 10 BauGB	24	
15 Bekanntmachung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 72 „Sondergebiet Windpark Südlich Hörsten“ der Stadt Fürstenau gem. § 10 BauGB	24	
16 1. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und Gebühren für die Abwasserbeseitigung der Stadt Bramsche – Abwasserbeseitigungsbetrieb (Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung – AGS) vom 06.12.2018	25	
17 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen und Verdienstausschlag für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtlich tätige Funktionsträger in der Freiwilligen Feuerwehr der Samtgemeinde Fürstenau	26	
18 Bekanntmachung des Beschlusses des Rates der Gemeinde Bad Laer über den Jahresabschluss und die Entlastung für das Haushaltsjahr 2018	26	
19 Bekanntmachung des Beschlusses des Rates der Gemeinde Bad Laer über den konsolidierten Gesamtabchluss für das Haushaltsjahr 2018	27	
20 Haushaltssatzung der Gemeinde Voltlage für das Haushaltsjahr 2020	27	
21 Verordnung über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Katzen im Gebiet der Gemeinde Bad Laer vom 17.12.2019	28	
22 Bekanntmachung über das Inkrafttreten der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 12 „Zwischen Rodberding und Farwick I.“ der Gemeinde Nortrup	28	
23 Bekanntmachung über das Inkrafttreten der 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 46 „Hengelager“ gemäß Baugesetzbuch in der zur Zeit geltenden Fassung der Stadt Quakenbrück	29	
24 Bekanntmachung über den Erlass einer Klarstellungssatzung für den Bereich Zum Jägerberg/ Im Tiefen Garten in der Gemeinde Hagen a.T.W. , Landkreis Osnabrück	30	
25 Bekanntmachung über die Aufhebungssatzung der nach § 4 Abs. 4 des Maßnahmengesetzes zum Baugesetzbuch (BauGB) erlassenen Satzung für das Gebiet „Im Tiefen Garten“ in der Gemeinde Hagen a.T.W. , Landkreis Osnabrück	31	
26 Bekanntmachung über die Aufhebungssatzung der nach § 4 Abs. 4 des Wohnungsbauförderungsgesetzes (WoBauErlG) erlassenen Satzung für das Gebiet „Zum Jägerberg“ in der Gemeinde Hagen a.T.W. , Landkreis Osnabrück	31	
27 24. Satzung zur Änderung der Satzung der Gemeinde Glandorf über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Glandorf	32	
28 Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Gemeinde Bad Rothenfelde (Gefahrenabwehrverordnung – GefAbwVO) vom 26.09.2019	32	
29 Satzung der Gemeinde Hilter a.T.W. über die Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 104 „Borgloh-Ortskern“	37	
30 Haushaltssatzung der Gemeinde Merzen für das Haushaltsjahr 2020	38	
31 Haushaltssatzung der Gemeinde Neuenkirchen für das Haushaltsjahr 2020	39	
32 Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 160 „Westlich Wulfener Straße“ der Gemeinde Bissendorf	40	
33 Bekanntmachung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 151 „Wissingen-Nord“ der Gemeinde Bissendorf	41	
C. Sonstige Bekanntmachungen		
1 Änderung der Friedhofsgebührenordnung (FGO) für den Friedhof der Ev.-luth. St. Johannis Kirchengemeinde Engter in 49565 Bramsche	41	
2 Änderung der Friedhofsordnung (FO) für den Friedhof der Ev.-luth. St. Johannis Kirchengemeinde Engter in 49565 Bramsche	41	
3 Ankündigung von Vermessungsarbeiten	42	

A. Bekanntmachungen des Landkreises

1

Vorprüfung der Umweltverträglichkeit

Bei folgendem Bauvorhaben wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 9 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Neufassung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94) zuletzt geändert durch Art. 2 G vom 08.09.2017 (BGBl. I S. 3370) geprüft.

Aktenzeichen: 11-bip-05956-19
Antragsteller: Gerd Dennigmann
Baugrundstück: Bippen, Kreuzweg 1
Gemarkung: Hartlage
Flur: 16
Flurstück(e): 27

Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

Antrag nach § 16 BImSchG zur Umnutzung und Erweiterung einer Garage zum Kälberstall
(BE 8), Haupt-Az.: 39-2012

Es war eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 9 Abs. 2 Nr. 2 i.V.m. Nr. 7.7.3 der Anlage 1 des UVPG durchzuführen. Die Prüfung hat ergeben, dass aus folgenden Gründen die Durchführung einer UVP für das Vorhaben nicht erforderlich ist:

Für die Gebiete nach Nr. 2.3 der Anlage 3 des UVPG kann eine potentielle Betroffenheit durch das Vorhaben ausgeschlossen werden.

Eine Betroffenheit kann für folgende Gebiete ausgeschlossen werden, da keine entsprechenden Gebiete im Umkreis des Vorhabens vorhanden sind: Natura 2.000 Gebiete nach § 7

Abs. 1 BNatSchG, Naturschutzgebiete nach § 23 BNatSchG, Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 BNatSchG, Naturdenkmäler nach § 28 BNatSchG, geschützte Landschaftsbestandteile, einschließlich Alleen, nach § 29 BNatSchG, gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG, Wasserschutzgebiete nach § 51 WHG, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Abs. 4 WHG, Risikogebiete nach § 73 Abs. 1 WHG, Überschwemmungsgebiete nach § 76 WHG, Gebiete, in denen die Vorschriften der EU festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind, Gebiete mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere zentrale Orte i.S.d. § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG und für in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmale oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind.

Für Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete nach §§ 25, 26 BNatSchG kann eine potentielle Betroffenheit ebenso ausgeschlossen werden. Das Vorhaben wird zwar innerhalb des Landschaftsschutzgebietes „Nördlicher Teutoburger Wald – Wiehengebirge“ umgesetzt. Da sich aber das äußere Erscheinungsbild der Stallanlage nur geringfügig gegenüber dem bestehenden Garagengebäude verändert und das Gebäude bereits in östlicher, südlicher und westlicher Richtung durch einen Baumbestand eingefasst ist, wird das Erscheinungsbild der Landschaft durch die Umnutzung und Erweiterung des Gebäudes nicht verändert. Damit ist keine Gefährdung der Schutzziele des betroffenen Landschaftsschutzgebietes zu befürchten.

Es liegt insgesamt keine potentielle Betroffenheit vor.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, 11.12.2019

Landkreis Osnabrück
Der Landrat
Fachdienst Planen und Bauen
i. A. Röwekamp

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

2

Vorprüfung der Umweltverträglichkeit

Bei folgendem Bauvorhaben wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Neufassung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94) zuletzt geändert durch Art. 22 G vom 13.05.2019 (BGBl. I S. 706) geprüft.

Aktenzeichen:	11-bip-05330-19
Antragsteller:	Windkraft Swatte Poele GmbH & Co. KG
Baugrundstück:	Bippen, Im Felde
Gemarkung:	Vechtel
Flur:	9 9 9 9 14
Flurstück(e):	6 12 20 25 42

Änderungsanzeige nach § 15 BImSchG,
Windpark Swatte Poele, Änderung des Anlagentyps (Haupt-AZ.: 2021-2016)

Die Windkraft Swatte Poele GmbH & Co. KG plant die Änderung des Anlagentyps der fünf genehmigten Windenergieanlagen (WEA) im Windpark Swatte Poele in der Gemeinde Bippen, Gemarkung Vechtel, Flur 9, Flurstücke 6, 12, 20 und 25 sowie Flur 14, Flurstück 42. Bei dem Standort des Vorhabens handelt es sich planungsrechtlich um Innenbereich, da ein Bebauungsplan zugrunde liegt.

Mit immissionsschutzrechtlichem Genehmigungsbescheid vom 23.03.2017 wurde der Windkraft Swatte Poele GmbH & Co. KG die Errichtung und der Betrieb von fünf WEA des Typs Senvion 3.2M122 NES mit einer Nabenhöhe von 139 m, einer maximalen Gesamthöhe von 200 m über natürlich gewachsenem Gelände und einem Rotordurchmesser von 122 m sowie einer Nennleistung von je 3,2 MW genehmigt.

Infolge der Insolvenz des Anlagenherstellers Senvion, wurde nun die Änderung auf den Anlagentyp Enercon E-126 EP3 mit einer Nabenhöhe von 135 m, einer maximalen Gesamthöhe von 198 m über natürlich gewachsenem Gelände und einem Rotordurchmesser von 126 m sowie einer Nennleistung von je 4,0 MW angezeigt. Die Standorte der WEA ändern sich dabei nicht.

Gemäß § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 UVPG ist bei der Änderung eines Vorhabens, für das eine UVP durchgeführt worden ist, eine allgemeine UVP-Vorprüfung durchzuführen. Die Prüfung hat aus folgenden Gründen ergeben, dass keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten sind, sodass keine UVP-Pflicht besteht.

Gemäß der Nr. 3 Anlage 3 des Gesetzes über Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVPG) sind die möglichen Auswirkungen eines Vorhabens auf die Schutzgüter zu beurteilen.

Für die Schutzgüter Pflanzen, biologische Vielfalt, Fläche, Boden, Wasser, Klima, Luft, Landschaft, kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter sind keine erheblichen negativen Umweltauswirkungen durch das geplante Vorhaben zu erwarten. Durch die Änderung des Anlagentyps entstehen auf diese Schutzgüter keine geänderten Auswirkungen, als die bereits im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsbescheid vom 23.03.2017 betrachten. Die bereits betrachteten Auswirkungen sind als nicht erheblich einzustufen.

Ebenso sind keine erheblichen Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu erwarten.

Der neu geplante Anlagentyp weist zwar einen geringfügig höheren Schalleistungspegel auf, als der bisher genehmigte (neu: 106,1 dB(A); alt: 105,5 dB(A)), allerdings wird für den neuen Anlagentypen daher eine nächtliche Drosselung der WEA 7 und 9 in den schallreduzierten Betriebsmodus Is (105,1 dB(A)) vorgenommen. Dadurch verändern sich die im ursprünglichen Genehmigungsverfahren ermittelten Schalleistungspegel der umliegenden Immissionsorte (IO) nicht. Es entstehen somit keine zusätzlichen Schallimmissionen.

Hinsichtlich der Schattenemissionen ist zu berücksichtigen, dass der neue Anlagentyp eine geringere Nabenhöhe und einen größeren Rotordurchmesser aufweist. Dadurch ergeben sich grds. geringfügig andere Beschattungszeiten der umliegenden IO, als in der ursprünglichen Genehmigung dargestellt. Um zusätzliche Auswirkungen durch Schattenschlag zu vermeiden, werden die Anlagen daher gemäß den in dem ursprünglichen Genehmigungsverfahren ermittelten Schattenschlagzeiten für die einzelnen IO betrieben. Daher erhalten die umliegenden IO durch den neuen Anlagentypen keine zusätzliche Beschattung durch Schlagschatten der WEA, als ursprünglich genehmigt.

Ebenso sind bei der Betrachtung der optisch bedrängenden Wirkung keine zusätzlichen Auswirkungen durch die Änderung zu erwarten. Die Rotoren verlängern sich zwar geringfügig, ebenso nimmt die Gesamthöhe der WEA auch ab. Durch die Verringerung der Gesamthöhe um ca. 2 m, fallen keine zusätzlichen IO in den dreifachen Abstand der Gesamthöhe der Anlagen. Dadurch, dass nur geringfügige Änderungen der Dimensionen der Anlagengrößen auftreten, ist keine relevante Verstärkung der visuellen Wirkung der WEA zu erwarten.

Weitergehende Auswirkungen der WEA auf das Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, wurden bereits im ursprünglichen Genehmigungsverfahren umfassend betrachtet und behalten auch bei der Änderung des Anlagentyps ihre Gültigkeit.

Auf das Schutzgut Tiere, hier insbesondere Fledermäuse, sind ebenfalls keine erheblichen Auswirkungen durch die Änderung des Anlagentyps zu erwarten.

Durch den verlängerten Rotorradius der WEA, erhöht sich die vom Rotor überstrichene Fläche, sodass grds. zunächst ein erhöhtes Gefährdungspotential für kollisionsgefährdete Fledermausarten nicht auszuschließen ist. Diesem Risiko wird jedoch durch die Erhöhung der abzuschaltenden Windgeschwindigkeit bis $\leq 7,5$ m/s Rechnung getragen (vormals $\leq 6,0$ m/s). Zudem wird bei der Durchführung des Gondelmonitors eine Erfassungstechnik in Absprache mit der UNB gewählt, die den Rotorkreis in ausreichender Weise abdeckt. Weitergehende Auswirkungen der WEA auf das Schutzgut Tiere, wurden bereits im ursprünglichen Genehmigungsverfahren umfassend betrachtet und behalten auch bei der Änderung des Anlagentyps ihre Gültigkeit.

Es liegen insgesamt keine erheblichen Umweltauswirkungen vor.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

Osnabrück, den 15.01.2020

Landkreis Osnabrück
Die Landrätin
Fachdienst Planen und Bauen
i. A. Röwekamp

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

3

Haushaltssatzung der „Regionalleitstelle Osnabrück kAöR“ für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 3 Abs. 2 NKomZG i. V. mit § 145 Abs. 3 NKomVG i.V. mit § 112 NKomVG hat der Verwaltungsrat der Regionalleitstelle Osnabrück kAöR in der Sitzung am 18.11.2019 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im **Ergebnishaushalt**
mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1 der ordentlichen Erträge auf	5.525.400 Euro
1.2 der ordentlichen Aufwendungen auf	5.525.400 Euro
1.3 der außerordentlichen Erträge auf	0 Euro
1.4 der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 Euro

2. im Finanzhaushalt mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1 der Einzahlungen auf	5.925.400 Euro
2.2 der Auszahlungen auf	7.527.100 Euro

festgesetzt;

von den Einzahlungen und Auszahlungen entfallen

2.1.1 auf Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	5.525.400 Euro
2.2.1 auf Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.651.100 Euro
2.1.2 auf Einzahlungen für Investitionen	0 Euro
2.2.2 auf Auszahlungen für Investitionen	2.696.000 Euro
2.1.3 aus Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	400.000 Euro
2.2.3 auf Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	180.000 Euro

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf 400.000 Euro festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 2.518.000 Euro festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 1.400.000 Euro festgesetzt.

Osnabrück, 18. November 2019

Regionalleitstelle Osnabrück kAöR
Volker Trunt
Vorstand

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit bekannt gemacht.

Die Haushaltssatzung liegt gemäß § 3 Abs. 2 NKomZG i.V.m. §§ 114 Abs. 2, Satz 3 NKomVG vom 16. Januar 2020 bis 24. Januar 2020 von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr (Mo. – Mi. und Fr.) und 8.00 Uhr bis 17.30 Uhr (Do.) in der Regionalleitstelle Os-

nabrück (Zimmer 4123) im Landkreis Osnabrück, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück, zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Osnabrück, 10. Dezember 2019

Regionalleitstelle Osnabrück kAÖR

Volker Trunt
Vorstand

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

4

**Vorprüfung
der Umweltverträglichkeit**

Bei folgendem Bauvorhaben wurde die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gem. § 9 Abs. 2 Nr. 2 des Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Neufassung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94) zuletzt geändert durch Art. 2 G vom 08.09.2017 (BGBl. I S. 3370) geprüft.

Aktenzeichen: 11-neu-06285-19
Antragsteller: Frank Seelmeyer
Baugrundstück: Neuenkirchen, Schöllerhof 5
Gemarkung: Vinte
Flur: 8
Flurstück(e): 14/7

Anzeigeverfahren nach § 15 BImSchG

hier: Einbau eines Löschwassertanks
Haupt-Az.: 00039-11

Es war eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls gem. § 9 Abs. 2 Nr. 2 i.V. m. Nr. 1.2.2.2 der Anlage 1 des UVPG durchzuführen. Die Prüfung hat ergeben, dass aus folgenden Gründen die Durchführung einer UVP für das Vorhaben nicht erforderlich ist:

Für die Gebiete nach Nr. 2.3 der Anlage 3 des UVPG kann eine potentielle Betroffenheit durch das Vorhaben ausgeschlossen werden. Eine Betroffenheit kann für folgende Gebiete ausgeschlossen werden, da keine entsprechenden Gebiete im Umkreis des Vorhabens vorhanden sind: Natura 2.000 Gebiete nach § 7 Abs. 1 BNatSchG, Naturschutzgebiete nach § 23 BNatSchG, Nationalparke und Nationale Naturmonumente nach § 24 BNatSchG, Biosphärenreservate und Landschaftsschutzgebiete gem. §§ 25, 26 BNatSchG, Naturdenkmäler nach § 28 BNatSchG, geschützte Landschaftsbestandteile, einschließlich Alleen, nach § 29 BNatSchG, gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG, Wasserschutzgebiete nach § 51 WHG, Heilquellenschutzgebiete nach § 53 Abs. 4 WHG, Risikogebiete nach § 73 Abs. 1 WHG, Überschwemmungsgebiete nach § 76 WHG, Gebiete, in denen die Vorschriften der EU festgelegten Umweltqualitätsnormen bereits überschritten sind, Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte, insbesondere zentrale Orte i.S.d. § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG und für in amtlichen Listen oder Karten verzeichnete Denkmäler, Denkmalensembles, Bodendenkmale oder Gebiete, die von der durch die Länder bestimmten Denkmalschutzbehörde als archäologisch bedeutende Landschaften eingestuft worden sind.

Es liegt daher insgesamt keine potentielle Betroffenheit vor.

Diese Bekanntgabe ist gem. § 5 Abs. 3 Satz 1 UVPG nicht selbständig anfechtbar.

4

Osnabrück, 16.12.2019

Landkreis Osnabrück
Die Landrätin
Fachdienst Planen und Bauen
i. A. Röwekamp

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

5

**Prüfung
des Jahresabschlusses 2018
der TELKOS Telekommunikationsgesellschaft mbH
Landkreis Osnabrück, Osnabrück (TELKOS GmbH)**

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte Price-waterhouseCoopers GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Osnabrück, hat mit Datum vom 5. Juli 2019 folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

**Bestätigungsvermerk des unabhängigen
Abschlussprüfers**

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

„Wir haben den Jahresabschluss der TELKOS Telekommunikationsgesellschaft mbH Landkreis Osnabrück, Osnabrück, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018, der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der TELKOS Telekommunikationsgesellschaft mbH Landkreis Osnabrück für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Rechtsvorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.“

Grundlage für die Prüfungsurteile

„Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 157 NKomVG i.V.m. § 29 EigBetrVO (Nds) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen“

Verantwortung des gesetzlichen Vertreters für den Jahresabschluss und den Lagebericht

„Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Rechtsvorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die er in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt hat, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der gesetzliche Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren hat er die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus ist er dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Rechtsvorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er als notwendig erachtet hat, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Rechtsvorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.“

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

„Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in

Einklang steht, den Rechtsvorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 157 NKomVG i.V.m. § 29 EigBetrVO (Nds) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Un-

ternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von dem gesetzlichen Vertreter zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Vermerk über die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Führung der Gesellschaft nach § 29 EigBetrVO (Nds)

„Wir haben die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung sowie die wirtschaftliche Führung der Gesellschaft, einschließlich der wirtschaftlichen Verhältnisse i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG, im Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung erfolgt die Geschäftsführung der Gesellschaft in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität der Gesellschaft gibt keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen. Die Gesellschaft wird in allen wesentlichen Belangen wirtschaftlich geführt.

Wir haben unsere Prüfung nach § 29 EigBetrVO (Nds) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist nachfolgend sowie im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ weitergehend beschrieben.

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft sowie für die Vorkehrungen und

Maßnahmen (Systeme), die er dafür als notwendig erachtet hat.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung oder die wirtschaftliche Führung der Gesellschaft, einschließlich der wirtschaftlichen Verhältnisse, Anlass zu wesentlichen Beanstandungen geben sowie einen Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil nach § 29 EigBetrVO (Nds) zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Führung der Gesellschaft beinhaltet. Ob die Gesellschaft wirtschaftlich geführt wird, wurde anhand der Einhaltung des Wirtschaftsplanes beurteilt. Dabei ist es nicht Aufgabe des Abschlussprüfers, die sachliche Zweckmäßigkeit der Entscheidungen des gesetzlichen Vertreters und die Geschäftspolitik zu beurteilen.“

Übrige Angaben gemäß § 32 Abs. 2 EigBetrVO (Nds)

„Gemäß § 32 Abs. 2 EigBetrVO (Nds) bestätigen wir: Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Buchführung entsprechen nach pflichtgemäßer Prüfung den Rechtsvorschriften. Die Geschäftsführung erfolgt ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität ist nicht zu beanstanden. Die Gesellschaft wird wirtschaftlich geführt.“

„Ergänzende Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes nach § 34 Abs. 1 Satz 3 EigBetrVO sind nicht erforderlich.“

Osnabrück, 24.10.2019

**Rechnungsprüfungsamt
des Landkreises Osnabrück**
i. A. Sonja Göhler

Die Gesellschafterversammlung der TELKOS GmbH hat in ihrer Sitzung am 19. Dezember 2019 die Bilanz des Wirtschaftsjahres 2018 in Aktiva und Passiva gleichlautend auf 16.240.758,94 € festgestellt. Dem Geschäftsführer Dirk Holtgrewe wurde für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.

Gemäß § 36 der Verordnung über Eigenbetriebe und andere prüfungspflichtige Einrichtungen (Eigenbetriebsverordnung - EigBetrVO) vom 12. Juli 2018 (Nds. GVBl. S. 21) in der zurzeit geltenden Fassung werden der Feststellungsvermerk und der Beschluss der Gesellschafterversammlung über den Jahresabschluss 2018 hiermit öffentlich bekannt gemacht. Der Jahresabschluss und der Lagebericht der TELKOS GmbH für das Geschäftsjahr 2018 liegen vom Tage nach der Veröffentlichung für sieben Werktage bei der TELKOS GmbH, Am Schölerberg 1 (Kreishaus), Zimmer 2060, 49082 Osnabrück, während der Geschäftszeiten öffentlich aus.

Osnabrück, 19. Dezember 2019

TELKOS GmbH
Dirk Holtgrewe
Geschäftsführer

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

6

**Erste Änderung
der Gebührensatzung für das „Museum im Kloster“ -
Museum des Landkreises Osnabrück in Bersenbrück**

Auf der Grundlage des § 10 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 20. Juni 2018 (Nds. GVBl. S. 113) in Verbindung mit §§ 1, 2, 5, 12 Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz (NKAG) in der Fassung vom 20. April 2017 (Nds. GVBl. S. 121), hat der Kreistag des Landkreises Osnabrück in seiner Sitzung am 16.12.2019 folgende erste Änderung der Gebührensatzung für die Benutzung des Museums des Landkreises Osnabrück „Museum im Kloster“ in Bersenbrück beschlossen:

§ 1 Gebührentatbestand

Für die Benutzung des Museums erhebt der Landkreis Osnabrück Gebühren nach dieser Satzung.

§ 2 Gebührensschuldner

Gebührensschuldner sind die Benutzerinnen und Benutzer, bei Minderjährigen deren gesetzliche Vertreter. Mehrere Gebührensschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 3 Höhe der Gebühren

Die Gebühren werden gemäß nachstehender Auflistung erhoben:

1. Eintritt für den Besuch des Museums:

Erwachsene	3,00 €
Ermäßigt	1,50 €

(Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Auszubildende, Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner, Personen mit Schwerbehindertenausweis, Mitglieder im KHBB, Mitglieder Förderverein, Inhaberinnen und Inhaber von Ehrenamtskarten oder der Jugendleiter/in-Card)

KUKUK	1,00 €
-------	--------

Freier Eintritt
(Kinder unter 6 Jahren, Mitglieder im deutschen od. europäischen Museumsverband)

Jahreskarte Erwachsene	10,00 €
Jahreskarte ermäßigt	5,00 €

Familien mit minderjährigen Kindern	7,00 €
-------------------------------------	--------

Gruppenticket bis 25 Personen	30,00 €
Gruppenticket bis 40 Personen	45,00 €
Gruppenticket bis 55 Personen	60,00 €

2. Preise für Führungen:

Die Gebühren für Führungen entstehen zusätzlich zum Eintrittspreis:

Gruppe bis 25 Personen	10,00 € / 60 Minuten
Gruppe bis 40 Personen	20,00 € / 60 Minuten
Gruppe bis 55 Personen	30,00 € / 60 Minuten

3. Angebote für Schulen/ Kindergärten/ Kindergeburtstage:

Workshop Schulklassen (90min)	
Gruppe bis 25 Personen	30,00 €
Gruppe bis 40 Personen	45,00 €
Workshop Kindergärten (60min)	
Gruppe bis 25 Personen	20,00 €

Workshop Kindergeburtstag (120min)	
Gruppe bis 11 Personen	30,00 €

4. Sonderausstellungen:

Für den Besuch von Sonderausstellungen wird keine zusätzliche Gebühr erhoben.

§ 4 Entstehung und Fälligkeit der Gebührenschuld

Die Gebührenschuld entsteht mit der Benutzung des Museums, im Falle der Jahreskarten mit der erstmaligen Benutzung des Museums im jeweiligen Geltungszeitraum. Die Gebühr wird mit der mündlichen Bekanntgabe der Gebührenentscheidung fällig und ist von den Gebührenschuldnern unmittelbar zu entrichten.

§ 5 Abrechnung der Gebühren

Die Gebührenentscheidungen werden mündlich bekannt gegeben. Der Kreisheimatbund Bersenbrück e. V. wird beauftragt, die Berechnungsgrundlagen zu ermitteln, die Gebühren zu berechnen, die Gebührenentscheidungen gegenüber den Gebührenschuldnern mündlich bekannt zu geben und die Gebühren für die Benutzung des Museums entgegenzunehmen. Die Gebührenentscheidungen ergehen im Namen und im Auftrag des Landkreises Osnabrück.

§ 6 Inkrafttreten

Die Gebührensatzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Osnabrück, den 16. Dezember 2019

Landkreis Osnabrück
Kebschull
Landrätin

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

B. Bekanntmachungen der kreisangehörigen Städte, Gemeinden Samtgemeinden und der Zweckverbände

1

1. Änderungssatzung zur Geschäftsordnung des Rates, des Verwaltungsausschusses und der Ausschüsse der Stadt Dissen am Teutoburger Wald

Nach § 69 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S.

576) in der derzeit geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Dissen am Teutoburger Wald in seiner Sitzung am 9. Dezember 2019 die 1. Änderungssatzung der Geschäftsordnung für den Rat, den Verwaltungsausschuss und die Ratsausschüsse beschlossen:

Artikel 1

§ 17 enthält folgende Fassung:

§ 17

Einwohnerfragestunde

- (1) Zu Beginn der Sitzung findet vor Eintritt in die Behandlung der Tagesordnungspunkte zu den benannten Tagungsordnungspunkten eine Einwohnerfragestunde von bis zu 15 Minuten statt. Der Rat kann eine Verlängerung der Einwohnerfragestunde beschließen. Die Einwohnerfragestunde wird von der oder dem Ratsvorsitzenden geleitet. Fragen an die Verwaltung werden von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister beantwortet. Für die Beantwortung einzelner Anfragen an Fraktionen/Gruppen oder einzelne Ratsmitglieder stehen jeweils höchstens drei Minuten zur Verfügung; für die einmalige Erwiderung aus einer anderen Fraktion/Gruppe oder eines anderen nicht einer Fraktion/Gruppe angehörenden Ratsmitgliedes steht eine Minute Redezeit zur Verfügung.
- (2) Am Ende einer öffentlichen Ratssitzung kann eine Einwohnerfragestunde stattfinden. Die Fragestunde wird von der/dem Ratsvorsitzenden geleitet. Sie soll 30 Minuten nicht überschreiten. Der Rat kann eine Verlängerung der Einwohnerfragestunde beschließen.
- (3) Jede Einwohnerin und jeder Einwohner der Stadt Dissen aTW kann Fragen zu Beratungsgegenständen der Ratssitzung und zu anderen Angelegenheiten der Stadt stellen. Die Fragestellerin oder der Fragesteller kann bis zu zwei Zusatzfragen anschließen, die sich auf den Gegenstand ihrer oder seiner ersten Frage beziehen müssen.
- (4) Die Fragen werden von der Bürgermeisterin/dem Bürgermeister beantwortet. Anfragen an einzelne Ratsmitglieder, Fraktionen oder Gruppen werden von diesen selber beantwortet. Eine Diskussion findet nicht statt.

Artikel 2

§ 24 enthält folgende Fassung:

§ 24

Geschäftsgang und Verfahren der Ausschüsse

- (1) Für den Geschäftsgang und das Verfahren der Ratsausschüsse sowie der Ausschüsse nach besonderen Rechtsvorschriften gelten die Vorschriften des I. Abschnittes entsprechend, soweit nicht gesetzliche Vorschriften vorgehen oder Bestimmungen dieser Geschäftsordnung entgegenstehen.
- (2) Die Sitzungen der Ausschüsse sind öffentlich. Ausschüsse können zu einer nichtöffentlichen Sitzung geladen werden, wenn die Tagesordnung nur Beratungsgegenstände enthält, die in nichtöffentlicher Sitzung zu verhandeln sind.

- (3) Abweichend von § 1 Abs. 1 entfällt in der Ladung der Hinweis auf die Abkürzung der Ladungsfrist.
- (4) In dringenden Fällen kann die Tagesordnung abweichend von § 59 Abs. 3 Satz 5 NKomVG während der Sitzung mit der Mehrheit der anwesenden Ausschussmitglieder erweitert werden.
- (5) Abweichend von den Regelungen des § 14 können Beschlüsse, welche in der Zuständigkeit eines Betriebsausschusses liegen, durch den Betriebsausschuss auch im Umlaufverfahren gefasst werden, sofern kein Mitglied widerspricht.
- (6) § 17 findet entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, dass die Einwohnerfragestunde von dem Ausschussvorsitzenden geleitet wird.

Artikel 3

- (1) Die 1. Änderungssatzung der Geschäftsordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Dissen am Teutoburger Wald, den 11. Dezember 2019

Stadt Dissen am Teutoburger Wald
Der Bürgermeister
i. V. Ulrich Strakeljahn

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

2

1. Änderungssatzung zur Vergnügungssteuersatzung der Stadt Bersenbrück vom 09.12.2014

Aufgrund der §§ 10 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes i. d. F. vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 27.03.2019 (Nds. GVBl. S. 70) und der §§ 1, 2, und 3 des Nds. Kommunalabgabengesetz (NKAG) i. d. F. der Bekanntmachung vom 20.04.2018 (Nds. GVBl. S. 121) hat der Rat der Stadt Bersenbrück in seiner Sitzung am 09.12.2019 folgende 1. Satzung zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung vom 09.12.2014 beschlossen:

Artikel I

§ 9a Abs. 1 erhält folgende Fassung:

9a Steuersätze

Bei Spielgeräten entsprechend den Fällen des § 9 Abs. 2 beträgt der Steuersatz 25 % des Einspielergebnisses.

Artikel II

Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2020 in Kraft.

Bersenbrück, den 09.12.2019

3

**Prüfung
des Jahresabschlusses 2018
der VLO Bahn GmbH**

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte PricewaterhouseCoopers GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Osnabrück, hat mit Datum vom 23. Mai 2019 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

**„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN
ABSCHLUSSPRÜFERS“**

An die VLO Bahn GmbH, Bohmte

**VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESAB-
SCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS**

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der VLO Bahn GmbH, Bohmte, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018, der Gewinn- und Verlustrechnung, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der VLO Bahn GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Rechtsvorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 157 NKG i.V.m. § 29 EGBetrVO (Nds) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften

und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Rechtsvorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Rechtsvorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Rechtsvorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Rechtsvorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht

beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 157 NKomVG i.V.m. § 29 EigBetrVO (Nds) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben

sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Vermerk über die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Führung der Gesellschaft nach § 29 EigBetrVO (Nds)

Wir haben die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung sowie die wirtschaftliche Führung der Gesellschaft, einschließlich der wirtschaftlichen Verhältnisse i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG, im Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung erfolgt die Geschäftsführung der Gesellschaft in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität der Gesellschaft gibt keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen. Die Gesellschaft wird in allen wesentlichen Belangen wirtschaftlich geführt.

Wir haben unsere Prüfung nach § 29 EigBetrVO (Nds) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist nachfolgend sowie im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ weitergehend beschrieben.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie dafür als notwendig erachtet haben.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung oder

die wirtschaftliche Führung der Gesellschaft, einschließlich der wirtschaftlichen Verhältnisse, Anlass zu wesentlichen Beanstandungen geben sowie einen Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil nach § 29 EigBetrVO (Nds) zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Führung der Gesellschaft beinhaltet. Ob die Gesellschaft wirtschaftlich geführt wird, wurde anhand der Einhaltung des Wirtschaftsplanes beurteilt. Dabei ist es nicht Aufgabe des Abschlussprüfers, die sachliche Zweckmäßigkeit der Entscheidungen der gesetzlichen Vertreter und die Geschäftspolitik zu beurteilen.

Übrige Angaben gemäß § 32 Abs. 2 EigBetrVO (Nds)

Gemäß § 32 Abs. 2 EigBetrVO (Nds) bestätigen wir: Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Buchführung entsprechen nach pflichtgemäßer Prüfung den Rechtsvorschriften. Die Geschäftsführung erfolgt ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität ist nicht zu beanstanden. Die Gesellschaft wird wirtschaftlich geführt.“

Osnabrück, 10.07.2019

**Rechnungsprüfungsamt
des Landkreises Osnabrück**
i. A. Sonja Göhler

Die Gesellschafterversammlung der VLO Bahn GmbH hat in ihrer Sitzung am 11.12.2019 die Bilanz des Wirtschaftsjahres 2018 in Aktiva und Passiva gleichlautend auf 29.209,17 € festgestellt. Den Geschäftsführern Peter Schone und Jürgen Werner wurde für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.

Gemäß §§ 158, 157 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) i. V. m. § 36 Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO) werden der Feststellungsvermerk und der Beschluss der Gesellschafterversammlung über den Jahresabschluss 2018 hiermit öffentlich bekannt gemacht. Der Jahresabschluss und der Lagebericht der VLO Bahn GmbH für das Geschäftsjahr 2018 liegen vom Tage nach der Veröffentlichung für sieben Werktage bei der VLO Bahn GmbH, Bremer Straße 11, 49163 Bohmte, während der Geschäftszeiten öffentlich aus.

Bohmte, 12.12.2019

VLO Bahn GmbH
Peter Schone
Geschäftsführer

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

4

1. Änderungssatzung vom 12. Dezember 2019 zur Änderung der Vergnügungssteuersatzung rückwirkend zum 01. Juli 2019 der Gemeinde Bohmte

Aufgrund der §§ 10, 11, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) i. d. F. vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Juni 2018 (Nds. GVBl. S. 113)

und der §§ 1, 2 und 3 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes i. d. F. vom 20. April 2017 (Nds. GVBl. Nr. 7/2017 S. 121) hat der Rat der Gemeinde Bohmte in seiner Sitzung am 12.12.2019 folgende 1. Änderungssatzung der Vergnügungssteuersatzung vom 28.03.2019 beschlossen:

Artikel I

Die Vergnügungssteuersatzung vom 28.03.2019 (Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück vom 15. April 2019, S. 138) wird wie folgt geändert:

1. Der § 1 wird wie folgt geändert:

Die Gemeinde erhebt Vergnügungssteuer für den Betrieb von Spiel-, Geschicklichkeits- und Unterhaltungsapparaten -geräten und -automaten (einschl. der Apparate, Geräte und Automaten zur Ausspielung von Geld und Gegenständen (Spielgeräte) sowie Musikautomaten, ausgenommen Spielgeräte für Kleinkinder) in Spielhallen, Gaststätten, Vereinsräumen, Kantinen und an anderen Orten, die der Öffentlichkeit im Satzungsgebiet zugänglich sind, Steuergegenstand ist jeweils das einzelne Gerät.

2. Der § 2 wird gestrichen.

3. Der § 3 wird wie folgt geändert:

- In Abs. 1 wird „bei Spielgeräten i. S. v. § 1 Nrn. 5 und 6“ gestrichen.
- Der Abs. 3 wird gestrichen.
- Der Abs. 4 wird zu Abs. 3.

4. Der § 4 wird wie folgt geändert:

Die Steuer wird als Spielgerätesteuern (§ 5) erhoben.

5. Der § 5 wird gestrichen.

6. Der § 6 wird gestrichen.

7. Der § 7 wird gestrichen.

8. Der § 8 wird gestrichen.

9. Der § 9 wird zu § 5.

10. Der § 9a wird wie folgt geändert:

- Der § 9a wird zu § 6.
- In Abs.1 wird die Angabe „§ 9“ durch die Angabe „§ 5“ ersetzt.
- In Abs. 2 wird die Angabe „§ 9“ durch die Angabe „§ 5“ ersetzt.

11. Der § 10 wird wie folgt geändert:

- Der § 10 wird zu § 7.
- In Abs. 1 wird die Angabe „§ 9“ durch die Angabe „§ 5“ ersetzt.
- In Abs. 3 wird die Angabe „§ 9“ durch die Angabe „§ 5“ ersetzt.

12. Der § 10a wird wie folgt geändert:

- Der § 10a wird zu § 8.
- In Abs. 1 wird „Nr. 5 und 6“ gestrichen.

13. Der § 10b wird wie folgt geändert:

- Der § 10b wird zu § 9.
- In Abs. 1 wird „Nrn. 5 und 6“ gestrichen.
- In Abs. 2 wird die Angabe „§ 9“ durch die Angabe „§ 5“ ersetzt.

- d. In Abs. 3 wird die Angabe „§ 9“ durch die Angabe „§ 5“ ersetzt.

14. Der § 11 wird gestrichen.

15. Der § 12 wird gestrichen.

16. Der § 13 wird wie folgt geändert:

- a. Der § 13 wird zu § 10.
- b. Der Abs. 1 wird gestrichen.
- c. Der Abs. 2 wird gestrichen.
- d. Der Abs. 3 wird gestrichen.
- e. Der Abs. 4 wird wie folgt geändert:
 - i. Der Abs. 4 wird zu Abs. 1.
 - ii. In Satz 1 wird die Angabe „Nrn. 5 und 6“ gestrichen.
- f. Der Abs. 5 wird zu Abs. 2.

17. Der § 14 wird zu § 11.

18. Der § 15 wird zu § 12.

19. Der § 16 wird zu § 13.

20. Der § 17 wird wie folgt geändert:

- a. Der § 17 wird zu § 14.
- b. In Abs. 1a wird die Angabe „§ 10“ durch die Angabe „§ 7“ ersetzt.
- c. In Abs. 1b wird die Angabe „§ 13“ durch die Angabe „§ 10“ ersetzt.

21. Der § 18 wird zu § 15.

Artikel II

Diese 1. Änderungssatzung tritt rückwirkend zum 01.07.2019 in Kraft.

Bohmte, 13. Dezember 2019

Gemeinde Bohmte
Die Bürgermeisterin
Tanja Strotmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

5

Satzung über die Gewährung von Entschädigungen für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtliche Funktionsträger in der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Bad Laer

Aufgrund der §§ 10,11,44 und 58 des Gesetzes zur Zusammenfassung und Modernisierung des Niedersächsischen Kommunalverfassungsrechts (NKomVG) und des § 12 des Niedersächsischen Gesetzes über den Brandschutz (NBrandSchG) in der jeweils gültigen Fassung hat der Rat der Gemeinde Bad Laer in seiner Sitzung am 27.11.2019 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Höhe der Aufwandsentschädigung

1. Die im Feuerwesen ehrenamtlich Tätigen haben nach Maßgabe dieser Satzung Anspruch auf eine monatliche Aufwandsentschädigung wie folgt:

a. Gemeindebrandmeister	170,00€
b. Stellvertretender Gemeindebrandmeister	80,00 €
c. Atemschutzgerätewart	60,00 €
d. Gerätewart	80,00 €
e. Fahrzeugwart	80,00 €
f. Funkwart	25,00 €
g. Jugendfeuerwehrwart	60,00 €
h. Sicherheitsbeauftragter	25,00 €
i. Schriftführer	30,00 €

2. Die Aufwandsentschädigung wird unabhängig vom Beginn oder Ende der Tätigkeit jeweils für einen ganzen Kalendermonat gewährt.

3. Ansprüche auf Aufwandsentschädigung sind nicht übertragbar.

§ 2

Aufwandsentschädigung bei Verhinderungen

1. Ist der Gemeindebrandmeister ununterbrochen länger als drei Monate verhindert, seine Funktion wahrzunehmen, entfällt mit Ablauf des dritten auf den Beginn der Nichtwahrnehmung der Funktion folgenden Kalendermonats die Zahlung der Aufwandsentschädigung; Erholungsurlaub bleibt außer Betracht.
2. Nimmt der stellvertretende Gemeindebrandmeister die Dienstgeschäfte des Gemeindebrandmeisters ununterbrochen länger als drei Monate wahr, erhöht sich die Aufwandsentschädigung um die Höhe des Unterschiedsbetrags der Entschädigung des Vertretenen und seiner eigenen.
3. Diese Regelung gilt entsprechend bei Verhinderung sonstiger ehrenamtlicher Funktionsträgerinnen bzw. Funktionsträger.

§ 3

Entschädigungsansprüche

1. Für die Ansprüche der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr auf Ersatz des Verdienstaufschlags bzw. Weiterzahlung des Arbeitsentgeltes bei Einsätzen und Ausbildungsmaßnahmen, Ersatz der Aufwendungen für die Betreuung von Kindern sowie die Regulierung weiterer Entschädigungsansprüche gelten §§ 32 und 33 NBrandSchG in der jeweils gültigen Fassung.
2. Der Höchstbetrag des gem. § 33 Abs. 2 u. 4 NBrandSchG zu ertastenden Verdienstaufschlags wird auf höchstens 25,00 € je Stunde, begrenzt auf 8 Stunden pro Tag, festgesetzt.
3. Der Höchstbetrag, der gem. § 12 Abs. 6 NBrandSchG zu erstattenden Aufwendungen für die Betreuung von mindestens einem Kind unter 10 Jahren wird auf 8,00 € je Stunde, begrenzt auf 8 Stunden pro Tag, festgesetzt.

§ 4

Sonstige Entschädigungen

Den aktiven Feuerwehrmitgliedern, die von der Feuerwehr als Fahrer eingesetzt werden, kann für den nicht berufsbedingten Erwerb des Führerscheins der Klassen C bzw. CE auf Antrag ein Zuschuss gewährt werden.

Die Feuerwehrmitglieder haben sich für 5 Jahre in der Feuerwehr zu verpflichten. Bei vorzeitiger Beendigung der Mitgliedschaft ist der Zuschuss anteilig zurückzuzahlen. Der Zuschuss verringert sich um je 1/5 jedes geleisteten Dienstjahres bei der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Bad Laer.

§ 5 Abgeltung von Auslagen

Neben den nach § 1 gewährten Entschädigungen besteht grundsätzlich kein weiterer Anspruch auf Ersatz der mit der ehrenamtlichen Tätigkeit verbundenen Auslagen (einschließlich der Fahrt- und Reisekosten, des Bekleidungsgeldes, der Telefongebühren, des Schreibmaterials und Ähnlicher Auslagen).

§ 6 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit der Verkündung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück in Kraft. Gleichzeitig treten die Satzung über die Entschädigungen für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtlich tätige Funktionsträger in der Freiwilligen Feuerwehr Bad Laer vom 01.01.2002 nebst der 1. Änderungssatzung vom 11.08.2003 außer Kraft.

Bad Laer, d. 27.11.2019

(Siegel) **Gemeinde Bad Laer**
Tobias Avermann
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

6 Satzung über die Änderung der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Bad Laer vom 27.11.2019 (1. Änderungssatzung)

Aufgrund des § 10 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 20.06.2018 (Nds. GVBl. S. 113) und der §§ 1 und 2 des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes (NBrandSchG) vom 18.07.2012 (Nds. GVBl. S. 269), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 12.06.2018 (Nds. GVBl. S. 95) hat der Rat der Gemeinde Bad Laer folgende Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Bad Laer am 27.11.2019 beschlossen:

§ 1 Satzungsänderungen

Die Satzung der Gemeinde Bad Laer für die Freiwillige Feuerwehr Bad Laer vom 22.07.2014, nachfolgend Satzung genannt, wird wie folgt geändert:

(1) § 7 der Satzung erhält folgenden Fassung:

§ 7 Angehörige der Einsatzabteilung

- (1) Für den Einsatzdienst gesundheitlich geeignete Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde (Samtgemeinde), die das 16. Lebensjahr vollendet haben, können Angehörige der Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr werden. Bei Minderjährigen ist die schriftliche Einwilligung der Erziehungsberechtigten erforderlich. Angehöriger der Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr kann auch werden, wer der Einsatzabteilung der Freiwilligen Feuerwehr einer anderen Gemeinde angehört und regelmäßig für Einsätze zur Verfügung steht (Doppelmitglied § 12 Abs. 2 NBrandSchG). Die Zugehörigkeit zur Einsatzabteilung endet spätestens mit Vollendung des 67. Lebensjahres.
- (2) Aus begründetem Anlass kann auf den Nachweis über die gesundheitliche Eignung für den schweren Atemschutz verzichtet werden, wenn Mitglieder der Jugendfeuerwehr (§ 9) in die Einsatzabteilung übernommen werden sollen. Voraussetzung ist die positive Empfehlung der Gemeindejugendfeuerwehrwartin oder des Gemeindejugendfeuerwehrwarts und die erfolgreiche Teilnahme an der Truppmannausbildung entsprechend den landesrechtlichen Regelungen.
- (3) Aufnahmegesuche sind schriftlich an die Freiwillige Feuerwehr zu richten. Die Gemeinde kann ein Führungszeugnis und ein ärztliches Zeugnis über den Gesundheitszustand der Bewerberinnen und Bewerber anfordern. Sie trägt die Kosten.
- (4) Über die Aufnahme in die Einsatzabteilung entscheidet das Gemeindekommando. Die Gemeindebrandmeisterin oder der Gemeindebrandmeister hat die Gemeinde über die vor der Bekanntgabe der Entscheidung über den Aufnahmeantrag zu unterrichten, soweit die Gemeinde darauf nicht generell verzichtet hat.
- (5) Nach erfolgreicher Ausbildung und einwandfreiem Verhalten im Dienst beschließt das Gemeindekommando über die Bewährung in der Probezeit (§ 7 Abs. 2 FwVO). Bei der endgültigen Aufnahme ist folgende schriftliche Erklärung abzugeben:
„Ich verspreche, die freiwillig übernommenen Pflichten als Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr pünktlich und gewissenhaft zu erfüllen und gute Kameradschaft zu halten.“

(2) § 8 der Satzung erhält folgende Fassung:

§ 8 Mitglieder der Altersabteilung

- (1) Angehörige der Einsatzabteilung sind in die Altersabteilung zu übernehmen, wenn sie das 67. Lebensjahr vollendet haben. Ein Mitglied der Einsatzabteilung kann ab dem Tag der Vollendung des 55. Lebensjahres ohne Angabe von Gründen in die Altersabteilung übertreten.
- (2) Angehörige der Einsatzabteilung können auf ihren Antrag oder auf Beschluss des Gemeindekommandos in die Altersabteilung übernommen werden, wenn sie den Dienst in der Einsatzabteilung auf Dauer nicht mehr ausüben können.

- (3) Angehörige der Altersabteilung dürfen bei dienstlichen Veranstaltungen Dienstkleidung tragen.
- (4) Angehörige der Altersabteilung können mit ihrem Einverständnis zu Diensten außerhalb des Übungs- und Einsatzdienstes herangezogen werden.

§ 2 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach Ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück in Kraft.

Bad Laer, d. 27.11.2019

Gemeinde Bad Laer
(Siegel) Tobias Avermann
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

7

Prüfung des Jahresabschlusses 2018 der VLO Bus GmbH

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte PricewaterhouseCoopers GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Osnabrück, hat mit Datum vom 23. Mai 2019 folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS“

An die VLO Bus GmbH, Bohmte

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der VLO Bus GmbH, Bohmte, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018, der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – unter Einbeziehung der Buchführung geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der VLO Bus GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und

- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Rechtsvorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 157 NKomVG i.V.m. § 29 EigBetrVO (Nds) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Rechtsvorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Rechtsvorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Rechtsvor-

schriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Rechtsvorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 157 NKomVG i.V.m. § 29 EigBetrVO (Nds) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressanten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von dem gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prü-

fungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von dem gesetzlichen Vertreter dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

Vermerk über die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Führung der Gesellschaft nach § 29 EigBetrVO (Nds)

Wir haben die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung sowie die wirtschaftliche Führung der Gesellschaft, einschließlich der wirtschaftlichen Verhältnisse i.S.v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG, im Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung erfolgt die Geschäftsführung der Gesellschaft in allen wesentlichen Belangen ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität der Gesellschaft gibt keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen. Die Gesellschaft wird in allen wesentlichen Belangen wirtschaftlich geführt.

Wir haben unsere Prüfung nach § 29 EigBetrVO (Nds) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist nachfolgend sowie im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ weitergehend beschrieben.

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft sowie für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die er dafür als notwendig erachtet hat.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung oder die wirtschaftliche Führung der Gesellschaft, einschließlich der wirtschaftlichen Verhältnisse, Anlass zu wesentlichen Beanstandungen geben sowie einen Vermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil nach § 29 EigBetrVO (Nds) zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Führung der Gesellschaft beinhaltet. Ob die Gesellschaft wirtschaftlich geführt wird, wurde anhand der Einhaltung des Wirtschaftsplanes beurteilt. Dabei ist es nicht Aufgabe des Abschlussprüfers, die sachliche Zweckmäßigkeit der Entscheidungen der gesetzlichen Vertreter und die Geschäftspolitik zu beurteilen.

Übrige Angaben gemäß § 32 Abs. 2 EigBetrVO (Nds)

Gemäß § 32 Abs. 2 EigBetrVO (Nds) bestätigen wir: Der Jahresabschluss, der Lagebericht und die Buchführung entsprechen nach pflichtgemäßer Prüfung den Rechtsvorschriften. Die Geschäftsführung erfolgt ordnungsgemäß. Die Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, der Liquidität und der Rentabilität ist nicht zu beanstanden. Die Gesellschaft wird wirtschaftlich geführt.“

„Ergänzende Bemerkungen des Rechnungsprüfungsamtes nach § 34 Abs. 1 Satz 3 EigBetrVO sind nicht erforderlich.“

Osnabrück, 10.07.2019

**Rechnungsprüfungsamt
des Landkreises Osnabrück**
i. A. Sonja Göhler

Die Gesellschafterversammlung der VLO Bus GmbH hat in ihrer Sitzung am 11.12.2019 die Bilanz des Wirtschaftsjahres 2018 in Aktiva und Passiva gleichlautend auf 2.580.710,97 € festgestellt. Dem Geschäftsführer Prof. Dr. Stephan Rolfes wurde für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.

Gemäß §§ 158, 157 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) i. V. m. § 36 Eigenbetriebsverordnung (EigBetrVO) werden der Feststellungsvermerk und der Beschluss der Gesellschafterversammlung über den Jahresabschluss 2018 hiermit öffentlich bekannt gemacht. Der Jahresabschluss und der Lagebericht der VLO Bus GmbH für das Geschäftsjahr 2018 liegen vom Tage nach der Veröffentlichung für sieben Werktage bei der VLO Bus GmbH, Bremer Straße 11, 49163 Bohmte, während der Geschäftszeiten öffentlich aus.

Bohmte, 11.12.2019

VLO Bus GmbH
Prof. Dr. Stephan Rolfes
Geschäftsführer

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

8

Sonstige Berichtsbestandteile

Angaben zur Feststellung:

Der Jahresabschluss wurde am 25.06.2019 festgestellt.

Die mit der Prüfung des Jahresabschlusses beauftragte PricewaterhouseCoopers GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Osnabrück, hat mit Datum vom 23. Mai 2019 folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die VLO Verkehrsgesellschaft Landkreis Osnabrück GmbH, Bohmte

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der VLO Verkehrsgesellschaft Landkreis Osnabrück GmbH, Bohmte, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der VLO Verkehrsgesellschaft Landkreis Osnabrück GmbH für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2018 bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft.
In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des

Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie

mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten

Sachverhalts geltend gemacht worden sind:

- a) Eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
- b) Eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes
- c) Nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs.

Dieses gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a beachtlich sind.

Bekanntmachungsanordnung

Die vom Rat der Gemeinde Bad Laer am 27.11.2019 beschlossene Satzung über den Erlass einer Veränderungssperre für den Geltungsbereich des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 355 „Ortskern südlich Bahnhof“ wird hiermit bekannt gemacht.

Es wird auf die Regelung des § 10 Abs. 2 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz hingewiesen:

Ist eine Satzung unter Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften, die in diesem Gesetz enthalten oder aufgrund dieses Gesetzes erlassen worden sind, zustande gekommen, so ist diese Verletzung unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich innerhalb eines Jahres seit Verkündung der Satzung gegenüber der Kommune geltend gemacht worden ist. Dabei sind die verletzte Vorschrift und die Tatsache, die den Mangel ergibt, zu bezeichnen. Satz 1 gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Genehmigung oder die Verkündung der Satzung verletzt worden sind.

Bad Laer, den 27.11.2019

(Siegel) **Gemeinde Bad Laer**
Avermann
Bürgermeister

Anlage zur Satzung über den Erlass einer Veränderungssperre, räumlicher Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 355 „Ortskern südlich Bahnhof“.



Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

10

Bekanntmachung des Beschlusses des Rates der Gemeinde Bohmte über den Jahresabschluss und die Entlastung für das Haushaltsjahr 2018

Der Rat der Gemeinde Bohmte hat in seiner Sitzung am 12. Dezember 2019 den vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück geprüften Jahresabschluss für das Jahr 2018 gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) beschlossen und dem Bürgermeister Entlastung erteilt.

Gem. § 129 Abs. 2 i.V.m. § 156 Abs. 4 NKomVG liegen der Jahresabschluss mit dem Rechenschaftsbericht sowie der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes in der Zeit vom 16.01.2020 bis 24.01.2020 in der Gemeindeverwaltung Bohmte, Rathaus, Bremer Str. 4, 49163 Bohmte, Zimmer 15, zu folgenden Öffnungszeiten Montag bis Freitag 08.00-12.00 Uhr, Donnerstag 14.00-18.00 Uhr, zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Bohmte, 13. Dezember 2019

Gemeinde Bohmte
Die Bürgermeisterin
Tanja Strotmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

11

Bekanntmachung des Beschlusses des Rates der Gemeinde Bohmte über den konsolidierten Gesamtabchluss für das Haushaltsjahr 2016

Der Rat der Gemeinde Bohmte hat in seiner Sitzung am 12. Dezember 2019 den vom Rechnungsprüfungsamt des Landkreises Osnabrück geprüften konsolidierten Gesamtabchluss für das Jahr 2016 gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 10 i.V.m. § 129 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) beschlossen.

Gem. § 129 Abs. 2 i.V.m. § 156 Abs. 4 NKomVG liegen der konsolidierte Gesamtabchluss mit dem Konsolidierungsbericht sowie der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes in der Zeit vom 16.01.2020 bis 24.01.2020 in der Gemeindeverwaltung Bohmte, Rathaus, Bremer Str. 4, 49163 Bohmte, Zimmer 15, zu folgenden Öffnungszeiten Montag bis Freitag 08.00-12.00 Uhr, Donnerstag 14.00-18.00 Uhr, zur Einsichtnahme öffentlich aus.

Bohmte, 13. Dezember 2019

Gemeinde Bohmte
Die Bürgermeisterin
Tanja Strotmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

12

Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Gemeinde Bohmte

Aufgrund der §§ 1 und 55 des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.01.2005 (Nds. GVBl. S. 9), zuletzt ge-

ändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11.09.2019 (Nds. GVBl. S. 258) und der §§ 10 und 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17. 12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 24. 10.2019 (GVBl. S. 309) hat der Rat der Gemeinde Bohmte am 12.12.2019 folgende Verordnung beschlossen:

§ 1

Begriffsbestimmungen

- (1) Straßen im Sinne dieser Verordnung sind alle dem öffentlichen Verkehr gewidmeten Straßen, Reit-, Rad- und Gehwege, Gleisanlagen, Wege, Plätze, Brücken und Durchgänge sowie alle Interessentenwege.
- (2) Zu den Straßen im Sinne dieser Verordnung zählen Fahrbahnen, Radwege, Gehwege, Treppen, Tunnel, Durchlässe, Unterführungen, Dämme, Gräben, Entwässerungsanlagen, Böschungen, Stützmauern, Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen, Gossen, Parkstreifen, Bushaltestellen und ähnliche Bestandteile des Straßenkörpers ohne Rücksicht darauf, ob und wie die einzelnen Straßenteile befestigt sind.
- (3) Die öffentlichen Anlagen im Sinne dieser Verordnung sind die der Allgemeinheit zugänglichen Anlagen und Flächen. Dazu zählen insbesondere:
 1. Erholungsflächen
 2. Grünanlagen
 3. Kinderspielflächen
 4. Grillplätze
 5. Sportanlagen
 6. Bushaltestellen
 7. öffentliche Parkflächen
 8. Schulgelände
- (4) Fahrbahn im Sinne dieser Verordnung ist der Teil der Straße, der dem allgemeinen Verkehr mit Fahrzeugen dient.
- (5) Gehwege im Sinne dieser Verordnung ist der Teil der Straße, der nur dem Verkehr der Fußgänger dient und durch Bordsteine oder in anderer erkennbarer Weise von der übrigen Straßenfläche abgetrennt ist. Als Gehwege gelten auch die an den Seiten der Straßen entlangführenden Streifen (Bankette), die nicht erhöht und nicht oder nur leicht befestigt sind.
- (6) Als Grundstück im Sinne dieser Verordnung ist jeder zusammenhängende Grundbesitz ohne Rücksicht auf die Grundbuchbezeichnung anzusehen, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet, besonders dann, wenn ihm eine eigene Hausnummer zugeteilt ist.
- (7) Friedhöfe sind keine Anlagen im Sinne des Absatzes 3. Für sie gelten besondere Bestimmungen.
- (8) Fahrzeuge im Sinne dieser Verordnung sind Kraftfahrzeuge, Fahrzeuge und Maschinen der Forst- und Landwirtschaft, Wohnwagen, Fahrräder, Elektroroller, Kleinkrafträder, Motorräder, Pferdefuhrwerke, Fahrräder, Schubkarren und Handwagen sowie Fahrzeuganhänger.

§ 2

Reinigen und Reparieren von Fahrzeugen

- (1) Es ist untersagt, Fahrzeuge aller Art in Anlagen und in unmittelbarer Nähe von Gewässern zu reinigen, zu warten oder zu reparieren.

(2) Absatz 1 gilt nicht, soweit Scheiben, Beleuchtungseinrichtungen und Kennzeichenschilder gereinigt werden oder soweit Reparaturen durch plötzliche Betriebsschäden notwendig werden. Bei Reinigungsarbeiten darf lediglich Wasser, aber kein anderes Reinigungs- und Lösungsmittel verwendet werden.

- (3) Das Waschen von Fahrzeugen, bei dem Waschwasser mit Reinigungsmitteln, Öl oder Benzin vermischt wird, ist nur dann auf den Grundstücken gestattet, wenn das verschmutzte Waschwasser dem Schmutzwasserkanal über einen Ölabscheider zugeführt oder aufgefangen und fachgerecht entsorgt wird. Es darf nicht im Erdreich versickern.

§ 3

Halten von Tieren, insbesondere Hunden

- (1) Tiere sind so zu halten und unterzubringen, dass Menschen und Sachen nicht gefährdet und niemand in seiner Ruhe unzumutbar gestört wird. Hundehalter sind verpflichtet, dass anhaltende Bellen oder Heulen des Hundes zu unterbinden, insbesondere während der Nachtruhe. Das Gleiche gilt sinngemäß für das Halten von anderen Tieren.
- (2) Die Tierhalter sind dafür verantwortlich, dass Tier körperlich und geistig sicher führen und halten zu können. Hundehalter und die mit der Führung oder Beaufsichtigung von Hunden beauftragten Personen sind verpflichtet zu verhindern, dass ihr Tier unbeaufsichtigt herumläuft und Personen oder Tiere gefährdend anspringt oder anfällt.
- (3) Auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen sowie in Anlagen dürfen Hunde nur von aufsichtsfähigen Personen an einer kurzen reißfesten Leine geführt werden.
- (4) Auf Spielplätzen, Schulhöfen und Einrichtungen der Kinderbetreuung dürfen Hunde nicht mitgeführt werden. Dieses gilt nicht für Blindenhunde, wenn sie blinde Personen in diese Bereiche führen.
- (5) Die Hundeführer haben dafür zu sorgen, dass die Hunde keine Gehwege und öffentlichen Einrichtungen verunreinigen. Die Hundehalter oder die mit der Führung oder Beaufsichtigung von Hunden beauftragten Personen sind verpflichtet, durch Hunde verursachte Verunreinigungen unverzüglich zu beseitigen.

§ 4

Ladung und Transport von Naturdünger

Naturdünger darf nur dann auf der Straße verladen werden, wenn die Abfuhr vom Grundstück selbst nicht möglich ist. Die beladenen Wagen müssen sofort nach dem Aufladen abgefahren und zum Zielort bzw. auf die Felder gebracht werden. Die Wagen sind so zu beladen, dass nichts von der Ladung auf die Straße fallen kann und dass eine Geruchsbelästigung weitgehend ausgeschlossen ist.

§ 5

Gefahren von Grundstücken

- (1) Überhängender Schnee und Eiszapfen sind von Gebäuden zu entfernen, wenn sie abbrechen drohen und dadurch Personen gefährden oder Sachen beschädigt werden können.

- (2) In Verkehrsflächen hineinragende Zweige von Bäumen und Sträuchern müssen von dem Verantwortlichen beseitigt werden, wenn hierdurch eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit entsteht.
- (3) Stacheldraht, Nägel und sonstige scharfe oder spitze Gegenstände dürfen an den an Straßen oder Gehwegen angrenzenden Einfriedungen, Bauzäunen, Häusern und sonstigen Einrichtungen nur so angebracht werden, dass Personen nicht verletzt und Sachen nicht beschädigt werden können.

§ 6

Hecken, Bäume und Sträucher

- (1) Jeder Grundstückseigentümer oder –besitzer ist zuständig, für die Haltung und Pflege der Bäume, Sträucher, Hecken und ähnlichen Bepflanzungen, die sich auf dem Grundstück befinden.
- (2) Die Bepflanzungen dürfen den Verkehr auf den Straßen und Gehwegen nicht behindern, beeinträchtigen oder gefährden, sowie amtliche Verkehrszeichen und Straßenbeleuchtungen nicht verdecken.
- (3) Es sind die Maße für die Geh- und Radwegen bis zu 3,00m frei zu halten, sowie der Luftraum über der Fahrbahn bis zu 4,50m frei zu halten.

§ 7

Benutzung öffentlicher Einrichtungen

- (1) Es ist untersagt, in öffentlichen Anlagen:
 1. zu übernachten,
 2. Trinkgelage zu veranstalten,
 3. mit Kraftfahrzeugen zu fahren oder
 4. Fahrzeuge abzustellen, soweit die Anlage nicht ausdrücklich für diesen Zweck vorgesehen sind,
 5. Feuer zu entzünden, dieses gilt nicht für angelegte öffentliche Lagerfeuerplätze,
 6. Müll und gefährliche Gegenstände oder Stoffe mitzubringen, liegen zu lassen oder außerhalb der dafür vorgesehenen Plätze oder Behältnisse zu entsorgen.
- (2) Es ist untersagt auf Straßen und Anlagen:
 1. Einfriedungen oder Absperrungen zu übersteigen, die zur Begrenzung von Straßenteilen und zum Schutz von öffentlichen Denkmälern und Anlagen dienen.
 2. Gebäude aller Art, Sperreinrichtungen, Laternenpfähle, Lichtmasten, Verkehrssignale, Denkmäler und dergleichen unbefugt zu erklettern und zu verändern.

§ 8

Spielgeräte und Spielplätze

- (1) Die Benutzung der fest eingebauten Spielgeräte in öffentlichen Anlagen ist nur für die jeweils angegebene Altersgruppe und zu den angegebenen Zeiten gestattet.
- (2) Es ist untersagt, soweit die Plätze nicht durch besondere Hinweise dafür vorgesehen sind, auf Spielplätzen Fußball zu spielen oder Rad fahren.
- (3) Zum Schutz der Kinder und Jugendlichen ist es auf den Kinderspielplätzen verboten,

- a) Waffen, gefährliche Gegenstände und Stoffe mitzubringen,
- b) Verunreinigungen, insbesondere Müll, Abfälle, Spritzen oder Fahrzeugteile zurückzulassen,
- c) Glas jeglicher Art, Metallteile oder Dosen zu zerschlagen oder einzugraben,
- d) die Spielgeräte oder Einrichtungen zu zerschlagen oder zu zerstören,
- e) alkoholische Getränke zu konsumieren.

§ 9

Hausnummernbeschilderung

- (1) Jeder Eigentümer eines bewohnten oder bewohnbaren Hausgrundstückes in der Gemeinde Bohmte ist verpflichtet, die ihm durch die Gemeinde erteilte Hausnummer an seinem Gebäude anzubringen. Die Nummernschilder sind von den Hauseigentümern auf eigene Kosten zu beschaffen. Das gilt auch für den Fall, dass neu nummeriert wird.
- (2) Die Hausnummern müssen sich deutlich vom Hintergrund abheben. Es sind beschriftete Schilder, erhabene Ziffern oder Hausnummernleuchten zu verwenden. Die Hausnummernschilder müssen mindestens 10 * 10 cm groß und die Ziffern mindestens 7 cm hoch sein.
- (3) Die Hausnummer ist an der Straßenseite des Hauptgebäudes über oder unmittelbar neben dem Hauseingang (Haupteingang), jedoch nicht innerhalb einer evtl. vorhandenen Türnische deutlich sichtbar in der Höhe von 2 – 2,50 m anzubringen.
- (4) Befindet sich der Hauseingang an der Seite oder an der Rückseite des Gebäudes, so muss sich die Hausnummer an der Vorderseite des Gebäudes, und zwar unmittelbar an der dem Hauseingang nächstliegenden Ecke des Gebäudes angebracht werden. Liegt das Hauptgebäude mehr als 10 m hinter der Grundstücksgrenze, so ist die Hausnummer zur Straße hin an geeigneter Stelle z. B. Mauer, Zaun o. ä. anzubringen. Bei mehreren Eingängen ist jeder Eingang mit der Hausnummer zu versehen.
- (5) Der Hauseigentümer oder –besitzer hat dafür zu sorgen, dass das Erkennen der Hausnummernbeschilderung von der Straßenseite her nicht durch Bewuchs, Vorbauten o.ä. beeinträchtigt wird. Die Hausnummernbeschilderung müssen stets sichtbar sein und in ordnungsgemäßem Zustand erhalten werden. Schadhafte Schilder sind zu erneuern.
- (6) Die Gemeinde teilt den Grundstückseigentümern die Hausnummer mit. Die Schilder sind innerhalb eines Monats anzubringen.
- (7) Bei Änderung von Hausnummern sind die Eigentümer der betroffenen Grundstücke verpflichtet, die neuen Hausnummern entsprechend den Vorschriften des Absatzes 1 bis 5 anzubringen.

§ 10

Taubenfütterungsverbot

Tauben dürfen auf Straßen, Wegen und Plätzen, in öffentlichen Grünanlagen und öffentlichen Einrichtungen nicht gefüttert werden.

§ 11 Warenautomat

An Warenautomaten an öffentlichen Straßen und in Anlagen hat der Aufsteller in ausreichender Zahl Abfallbehälter bereitzuhalten und nach Bedarf – mindestens 1 mal wöchentlich – zu leeren. Diese Vorschriften gelten auch für sonstige Verkaufsstände an Straßen und in Anlagen.

§ 12 Rasenmäher und andere Gartengeräte

- (1) Rasenmäher dürfen innerhalb von im Zusammenhang bebauten Ortsteilen an Werktagen in der Zeit von 13.00 Uhr bis 15.00 Uhr und im gesamten Geltungsbereich von 20.00 Uhr bis 07.00 Uhr und an Sonn- und Feiertagen nicht betrieben werden.
- (2) Das Verbot nach Abs. 1 gilt entsprechend für das Betreiben von anderen Gartengeräten z.B. Häcksler, Laubsauger, Heckenschere, Motorsensen.
- (3) Die in Abs. 1 und Abs. 2 aufgeführten Einschränkungen gelten nicht für landwirtschaftliche oder gewerbliche Betriebe sowie für Arbeiten, die im öffentlichen Interesse durchgeführt werden müssen.

§ 13 Abbrennen von Brauchumsfeuer

- (1) Das Verbrennen von pflanzlichen Abfällen außerhalb zugelassener Abfallbeseitigungsanlagen ist verboten. Ausnahme hiervon sind Brauchumsfeuer. Brauchumsfeuer sind Feuer, die nicht darauf ausgerichtet sind, pflanzliche oder forstwirtschaftliche Abfälle durch schlichtes Verbrennen zu beseitigen. Sie dienen ausschließlich der Brauchumpflege. Das Brauchtum muss sich aus der Ortsgemeinschaft, verankerten Glaubensgemeinschaften oder Traditionen ergeben und ist dadurch gekennzeichnet, dass die Feuer im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung jedermann zugänglich sind. Hierzu gehören z.B. die Osterfeuer. Osterfeuer dürfen ausschließlich am Karsamstag und Ostersonntag in der Zeit von 16.00 Uhr bis 23.00 Uhr abgebrannt werden.
- (2) Brauchumsfeuer sind anzeigepflichtig und spätestens drei Wochen vor dem Abbrenntermin bei der Gemeinde Bohmte schriftlich anzuzeigen. Die Anzeige hat Angaben zum Veranstalter, zur beabsichtigten Größe und Lage des Brennplatzes zu enthalten.
- (3) Im Rahmen von Brauchumsfeuern darf ausschließlich unbehandeltes Holz, Baum-, Gehölz- und Strauchschnitt verbrannt werden. Das Brennmaterial muss frühestens einen Tag vor dem Verbrennen umgeschichtet werden. Die Bodendecke auf Wiesen, Feldrainen, an Hecken, Hängen und an Böschungen darf aus Gründen der Bodenerosion nicht abgebrannt werden.
- (4) Vor der Entzündung des Feuers ist sicherzustellen, dass sich keine Menschen oder Tiere im errichteten Brennmaterial befinden. Zur Entzündung oder Inbrandhaltung dürfen keine Brandbeschleuniger verwendet werden. Gefahrbringender Funkenflug und erhebliche Rauchentwicklung sind auszuschließen. Während des Abbrennens ist sicherzustellen, dass mindestens eine volljährige Person zur Absicherung des Feuerbereiches ständig vor Ort ist. Zur Brandbekämpfung muss geeignetes Gerät (z.B. Feuerlö-

sch, Wasser, Sand) zur Verfügung stehen, so dass das Feuer bei Gefahr unverzüglich gelöscht werden kann. Vor Verlassen der Feuerstelle ist sicherzustellen, dass dieses vollständig gelöscht ist.

- (5) Die Feuerstelle ist innerhalb einer Woche nach dem Abbrennen von der verantwortlichen Person von aussortierten Abfällen sowie den Verbrennungsrückständen zu säubern.
- (6) Der Feuerplatz hat folgende Sicherheitsabstände aufzuweisen:
 - 50 Meter zu Gebäuden, die aus nicht brennbaren Baustoffen errichtet wurden und ein hartes Dach besitzen
 - 100 Meter zu Gebäuden, die aus brennbaren Baustoffen errichtet wurden und/oder ein weiches Dach besitzen
 - 50 Meter zu Wäldern, Waldhecken, Heiden und öffentlichen Verkehrsflächen, soweit diese nicht ausschließlich land- oder forstwirtschaftlichem Verkehr dienen
 - 25 Meter zu sonstigen leicht entzündlichen oder brennbaren Materialien
 - 10 Meter unterhalb von Hochspannungsleitungen
 - 100 Meter zu Einrichtungen mit erhöhter Explosions- und Brandgefahr.
- (7) Die vorstehenden Ge- und Verbote können von der Gemeinde in einer erteilten Genehmigung durch Auflagen zweckmäßig abgeändert werden.
- (8) Andere gesetzliche Vorschriften, nach denen offene Feuer gestattet sind, bleiben unberührt (z.B. Forstfeuer, das Verbrennen von Pflanzen oder Pflanzenteilen, die durch Schadorganismen befallen sind).
- (9) Brauchumsfeuer sind unzulässig
 1. bei lang anhaltender trockener Witterung, starkem Wind, Inversionswetterlagen,
 2. auf moorigem Untergrund
 3. in Schutzzonen I von Wasserschutzgebieten
 4. in gesetzlich geschützten Biotopen und Naturdenkmälern
 5. auf Grundstücken im Zusammenhang bebauter Ortsteile,
 6. in privat genutzten Kleingärten.

§ 14 Ableiten von Oberflächenwasser

Es ist untersagt, gebündelt Oberflächenwasser von Grundstücken auf die Straße (vergl. § 1 Abs. 1 und 2) zu leiten.

§ 15 Werbung

- (1) Plakate, Anschlagzettel und sonstige Ankündigungs- und Werbemittel dürfen nur an den nach § 50 der Nds. Bauordnung (NBauO) zulässigen Außenwerbeanlagen und an den von der Gemeinde Bohmte genehmigten Stellen angebracht und aufgestellt werden.
- (2) Das nicht vorher genehmigte Anbringen und Aufstellen von Werbeanlagen, insbesondere Plakate und Anschlagzettel, an Wartehallen von Bushaltestellen, Brücken, Bäumen, Leitungs- und Straßenbeleuchtungsmasten, öffentlichen Gebäuden und sonstigem öffentlichem Eigentum ist ebenso verboten.

§ 16 Ausnahmen

Sofern Ausnahmen in den vorstehenden Bestimmungen nicht ausdrücklich geregelt sind, bedürfen sie einer schriftlichen Genehmigung der Gemeinde Bohmte.

§ 17 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig gem. § 59 Abs. 1 NPOG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen eine Vorschrift der §§ 2 bis 15 dieser Verordnung zuwiderhandelt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann gem. § 59 Abs. 2 NPOG mit einer Geldbuße bis zu 5.000,00 Euro geahndet werden.

§ 18 Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im „Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück in Kraft. Diese Verordnung tritt gem. § 61 Satz 2 NPOG spätestens 10 Jahre nach ihrem In-Kraft-Treten außer Kraft

Gleichzeitig tritt die „Verordnung über die Reinigung und Reparatur von Fahrzeugen, Halten von Hunden, Ladung und Transport von Naturdünger, Benutzung öffentlicher Einrichtungen, Spielplätze und Spielgeräte, Hausnummernschilder, Taubenfütterungsverbot, Warenautomaten, Rasenmäher und andere Gartengeräte und Ableiten von Oberflächenwasser in der Gemeinde Bohmte“ vom 19.10.1998 außer Kraft.

Bohmte, den 13.12.2019

Gemeinde Bohmte
Strotmann
Bürgermeisterin

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

13

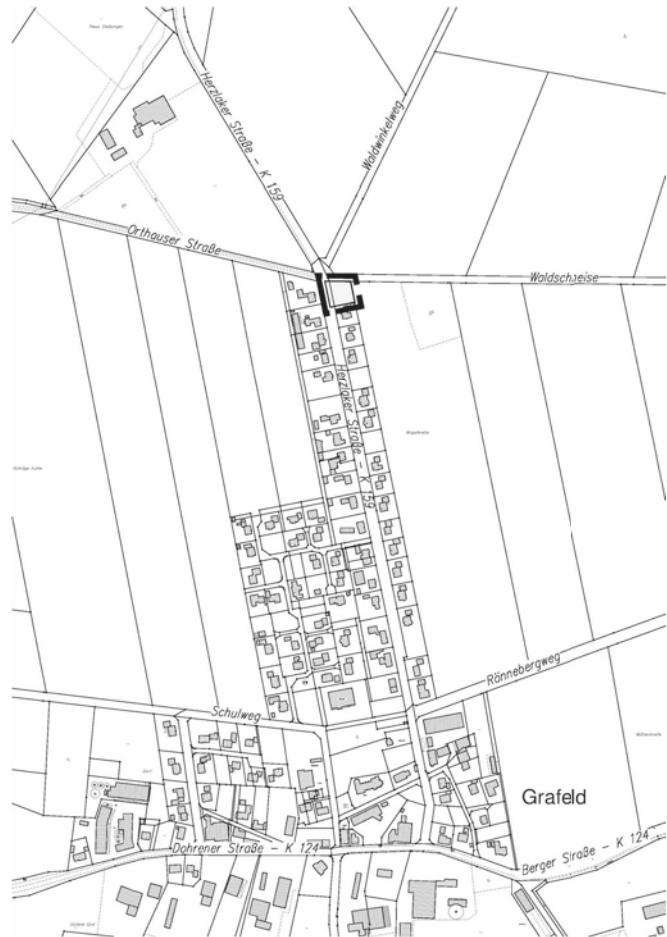
Bekanntmachung der Gemeinde Berge über das Inkrafttreten der 1. Änderung des Bebauungsplanes Grafeld Nr. 4 „Östlich der Herzlaker Straße“ in Berge, Gemeindeteil Grafeld

Der Rat der Gemeinde Berge hat in seiner Sitzung am 11.12.2019 die 1. Änderung des Bebauungsplanes Grafeld Nr. 4 "Östlich der Herzlaker Straße" in Berge, Gemeindeteil Grafeld einschließlich Begründung gemäß § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der zur Zeit der Beschlussfassung geltenden Fassung als Satzung beschlossen. Die Aufstellung erfolgte im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB.

Der Rat der Gemeinde Berge hat die 1. Änderung des Bebauungsplanes Grafeld Nr. 4 beschlossen, damit ein bislang für eine Spielplatznutzung vorgehaltenes Grundstück, welches nie als Spielplatz eingerichtet wurde und auch nicht mehr Spielplatz benötigt wird, der Wohnbebauung zugeführt wird. Die Schaffung von zusätzlichen Baumöglichkeiten bereits erschlossenen und bebauten Ortsteilen entspricht den vorrangigen Zielen des Rates der Gemeinde Berge, da erschlossenen

Bauland in der Gemeinde zurzeit nur in sehr begrenzten Umfang zur Verfügung steht und auch der § 1 des Baugesetzbuch ausdrücklich darauf hinweist, dass mit Grund und Boden sparsam und schonend umgegangen werden soll. Die Gemeinde Berge folgt hier auch ihrem städteplanerischen Ziel „Innenentwicklung und Nachverdichtung“.

Der ca. 1.141 qm große Änderungsbereich liegt in Berge, Gemeindeteil Grafeld unmittelbar östlich der Kreisstraße 159 „Herzlaker Straße“ und unmittelbar südlich der Straße „Waldschneise“. Die Abgrenzung des Geltungsbereiches ergibt sich aus der nachstehenden Übersichtskarte.



Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Grafeld Nr. 4 "Östlich der Herzlaker Straße" in Berge, Gemeindeteil Grafeld einschließlich Begründung kann im Gemeindebüro der Gemeinde Berge, Tempelstraße 8, 49626 Berge, während der Dienststunden sowie nach vorheriger Terminvereinbarung von jedermann eingesehen werden. Jedermann kann über den Inhalt dieses Bebauungsplanes Auskunft verlangen.

Mit dieser Bekanntmachung tritt die 1. Änderung des Bebauungsplanes Grafeld Nr. 4 "Östlich der Herzlaker Straße" gemäß § 10 BauGB in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 215 Absatz 1 BauGB eine nach § 214 Absatz 1, Satz 1, Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Absatz 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Absatz 3, Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges dann unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde Berge unter Darlegung des die Verletzung begrün-

denden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dieses gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Absatz 2 a BauGB beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Absatz 3, Satz 1 und 2 sowie Absatz 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Berge, den 17.12.2019

Gemeinde Berge
Der Bürgermeister
Brandt

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

14

Bekanntmachung
des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes
Nr. 71 „Sondergebiet Windpark Welperort“
der Stadt Fürstenau gem. § 10 BauGB

Der Rat der Stadt Fürstenau hat in seiner Sitzung am 03.12.2019 den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 71 „Sondergebiet Windpark Welperort“ einschließlich Begründung, Umweltbericht und Anlagen sowie den Vorhaben- und Erschließungsplan als Satzung gem. § 10 BauGB beschlossen.

Der geplante Windpark „Welperort“ befindet sich im Süden der Stadt Fürstenau und umfasst eine Größe von ca. 44,22 ha. Die Fläche ist annähernd eben und wird derzeit überwiegend landwirtschaftlich genutzt.

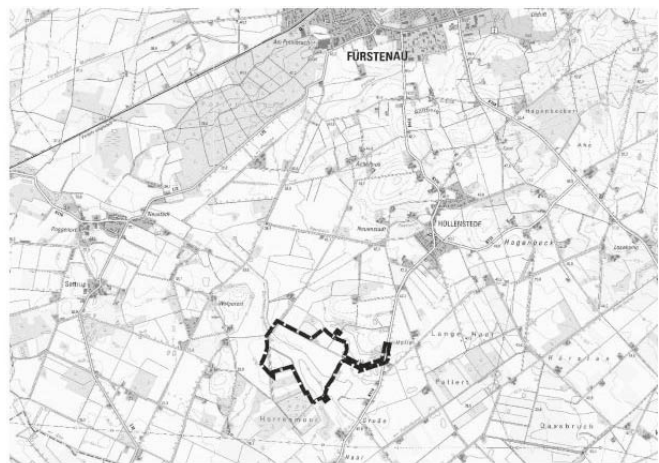
Der Windpark liegt in der Gemarkung Hollenstede und umfasst folgenden Flurstücke:

Flur 11, Flurstücke 1/1, 2/1, 4/1, 5 (tlw.), 35/6 (tlw.), 92, 93, 210 (tlw.), 211 (tlw.), 212 (tlw.), 213 (tlw.) sowie aufgrund der Flurbereinigung ein schmaler Streifen der Flurstücke 79/2, 84 bis 91,

Flur 12, Flurstücke 10/3 (tlw.), 12/3, 14/6, 16/8, 19/4, 22/1, 24/2, 25/1 (tlw.), 26/2 (tlw.), 30/3 (tlw.), 30/4 (tlw.), 35/2 (tlw.), 36/2 (tlw.), 39/1 (tlw.), 45/2 (tlw.), 50/1 (tlw.), 52/1, 53/36, 71/51 (tlw.), 76/51 (tlw.), 77/39, 78/45 (tlw.), 67/49 (tlw.), 85/49 (tlw.), Flur 15, Flurstücke 103 (tlw.), 104, 105.

Planungsanlass sind die konkreten Planungsabsichten der Windenergie Hollenstede 17 Planungsgesellschaft mbH, Dorfstraße 6, 49584 Fürstenau-Hollenstede, zur Errichtung von insgesamt drei Windenergieanlagen (WEA) des Typs Enercon E-138 EP3 E2. Die Nabenhöhe beträgt ca. 160 m, der Rotordurchmesser ca. 139 m und die Gesamthöhe ca. 230 m.

Geltungsbereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 71 „Sondergebiet Windpark Welperort, Stadt Fürstenau (unmaßstäblich)



Übersichtsplan (DTK25)

© 2013 LGLN

Der Bebauungsplan einschließlich Begründung und Anlagen kann bei der Stadt Fürstenau, Schloßplatz 1, 49584 Fürstenau, während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes auch Auskunft verlangen.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan gem. § 10 BauGB in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 215 Abs. 1 BauGB eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges dann unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Fürstenau unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Fürstenau, den 17.12.2019

(Siegel) **Stadt Fürstenau**
Trütken
Stadtdirektor

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

15

Bekanntmachung
des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 72
„Sondergebiet Windpark Südlich Hörsten“
der Stadt Fürstenau gem. § 10 BauGB

Der Rat der Stadt Fürstenau hat in seiner Sitzung am 03.12.2019 den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 72 „Sondergebiet Windpark Südlich Hörsten“ einschließlich Be-

gründung, Umweltbericht und Anlagen sowie den Vorhaben- und Erschließungsplan als Satzung gem. § 10 BauGB beschlossen.

Der geplante Windpark „Südlich Hörsten“ befindet sich im Süden des Stadtgebietes von Fürstenau und umfasst eine Größe von ca. 29,0 ha. Die Fläche ist annähernd eben und wird derzeit überwiegend landwirtschaftlich genutzt.

Der Windpark liegt in der Gemarkung Hollenstede und umfasst folgenden Flurstücke:

Flur 7, Flurstücke 3/6 (tlw.), 43, 44, 45, 46, 47 (tlw.), 48/1 (tlw.), 65 (tlw.), 66 (tlw.), 67, 69/1, 75 (tlw.), 221 (tlw.), 222/1 (tlw.), 225/1, 225/2, 227/1, 227/2, 228/1, 228/2, 228/3, 228/4, 228/5, 229/1, 229/2, 231/1 (tlw.), 231/2 (tlw.), 232 (tlw.), 271 (tlw.), 272 (tlw.), 273 (tlw.), 274 (tlw.), 276/2, 277/1, 309/220 (tlw.), 317/41, 327/73, 331/275, 328/224, 333/37 (tlw.).

Flur 9, Flurstück 95/1 (tlw.).

Planungsanlass sind die konkreten Planungsabsichten der Windenergie Hollenstede 18 Planungsgesellschaft mbH, Zur Dasslage 11, 49584 Fürstenau-Hollenstede, zur Errichtung eines interkommunalen Windparks an der Gemeindegebietsgrenze zwischen der Stadt Fürstenau und der Gemeinde Voltlage (Samtgemeinde Neuenkirchen). Der Windpark umfasst insgesamt 4 Windenergieanlagen (WEA), wobei 2 Anlagen auf dem Gebiet der Stadt Fürstenau geplant sind. Für diese Fläche wird der obige Bebauungsplan aufgestellt. Für die beiden Anlagen im Gemeindegebiet von Voltlage wird ein Genehmigungsantrag nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz gestellt. Der Bebauungsplan Nr. 72 umfasst insgesamt 2 Anlagen vom Typ Enercon E-138 EP3 E2. Die Nabenhöhe beträgt 160 m, der Rotordurchmesser ca. 139 m und die Gesamthöhe ca. 230 m.

Geltungsbereich des Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 72 „Sondergebiet Windpark Südlich Hörsten, Stadt Fürstenau (unmaßstäblich)“



Der Bebauungsplan einschließlich Begründung und Anlagen kann bei der Stadt Fürstenau, Schloßplatz 1, 49584 Fürstenau, während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes auch Auskunft verlangen.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan gem. § 10 BauGB in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 215 Abs. 1 BauGB eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges dann unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Stadt Fürstenau unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Fürstenau, den 17.12.2019

(Siegel) **Stadt Fürstenau**
Trütken
Stadtdirektor

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

16

1. Änderungssatzung **zur Satzung über die Erhebung von Beiträgen und** **Gebühren für die Abwasserbeseitigung der Stadt** **Bramsche – Abwasserbeseitigungsbetrieb** **(Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung – AGS)** **vom 06.12.2018**

Aufgrund der §§ 10, 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes – NkomVG – in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309), der §§ 1, 2, 5, 6 und 8 des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) in der Fassung vom 23. Januar 2007 (Nds. GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 24.10.2019 (Nds. GVBl. S. 309) und § 6 Abs. 1 des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Abwasserabgabengesetz (Nds. AGAbwAG) in der Fassung vom 24.03.1989 (Nds. GVBl. S. 69), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. November 2001 (Nds. GVBl. S. 701) hat der Rat der Stadt Bramsche in seiner Sitzung am 05.12.2019 folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

§ 19 der Abgabensatzung für die Abwasserbeseitigung wird wie folgt neu gefasst:

§ 19 **Gebührensätze**

Die Abwassergebühren betragen:

- | | |
|---|-----------|
| 1. für 1 m³ Schmutzwasser (§ 13 Abs. 1) | = 1,63 € |
| 2. für abflusslose Sammelgruben und Kleinkläranlagen (§ 14) | |
| a) Grundgebühr pro Grube und Abfuhr | = 84,49 € |

- b) Beseitigungskosten
- aa) aus abflusslosen Gruben je m³ = 28,42 €
 - ab) aus Kleinkläranlagen = 37,58 €
je m³ eingesammelten Abwassers/
Fäkalschlammes
 - ac) für zusätzliche Anfahrten nach § 14
Abs. 3, die ausreichend belegt und
begründet sind. = 94,01 €
 - ad) für den Einsatz für Notfälle bzw.
Havariefälle nach § 14 Abs. 3 = 226,10 €
 - ae) für vom Gebührenpflichtigen
verursachte und zusätzliche
Arbeiten pro Stunde = 107,10 €

3. für das Einleiten von Niederschlagswasser
(§ 15 Abs. 1) pro m² gewichteter Fläche
jährlich = 0,33 €

4. für 1 m³ Kühlwasser und/oder Grundwasser
(§ 16 Abs. 1) = 0,54 €

5. für das Einleiten von Abwasser mit einem
erhöhten Verschmutzungsgrad (§ 17 Abs. 2)
werden die Zusatzgebühren für 1 m³ Schmutz-
wasser bei einer Verschmutzung von mehr als
1.000 CSB [mg O₂/l] nach folgender Formel
berechnet:

$$\begin{aligned} &(\text{CSB [mg O}_2\text{/l]} - 1.000 \text{ CSB [mg O}_2\text{/l]}) \\ &\quad * 0,40 \text{ Euro/1.000 CSB [mg O}_2\text{/l]} \end{aligned}$$

Artikel 2

Diese Satzung tritt am 01.01.2020 in Kraft.

Bramsche, den 06.12.2019

Stadt Bramsche
Pahlmann
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

17

2. Änderungssatzung zur Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen und Verdienstausschlag für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtlich tätige Funktionsträger in der Freiwilligen Feuerwehr der Samtgemeinde Fürstenau

Aufgrund der §§ 10, 44 und 58 Abs. 1 Nr. 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKG) und der §§ 32 und 33 des Niedersächsischen Brandschutzgesetzes (NBSchG) in der jeweils gültigen Fassung hat der Rat der Samtgemeinde Fürstenau in seiner Sitzung am 12.12.2019 folgende 2. Änderungssatzung zur Satzung über die Gewährung von Aufwandsentschädigungen und Verdienstausschlag für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtlich tätige Funktionsträger in der Freiwilligen Feuerwehr der Samtgemeinde Fürstenau vom 14.03.2013 beschlossen:

Artikel 1

§ 6

Funkwartin und EDV-Wartin oder Funkwart und EDV-Wart

- (1) Die Funkwartin sowie die EDV-Wartin oder der Funkwart sowie der EDV-Wart der Freiwilligen Feuerwehr auf Samtgemeindeebene erhalten jeweils eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 47,00 €.

Artikel 2

§ 10

Aufwendungen für Lehrgänge

§ 10 Abs. 1 wird wie folgt neu gefasst:

Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr, die an einem Lehrgang an den Nds. Akademien für Brand- und Katastrophenschutz in Celle und Loy teilnehmen wird der nachgewiesene Verdienstausschlag erstattet. Für lohnabhängige Arbeitnehmer/innen sind für Lehrgangsbesuche entsprechend der Bestimmungen des § 32 Abs. 2 des NBSchG privaten Arbeitgeber/innen die Kosten der Lohnfortzahlung zu erstatten.

Sofern kein Verdienstausschlag entstanden ist, erhalten die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr einen Erstattungsbetrag nach Abs. 2.

Artikel 3

Die 1. Änderungssatzung tritt am 01.01.2020 in Kraft.

Fürstenau

Samtgemeinde Fürstenau
Der Samtgemeindebürgermeister
(Siegel) Trütken

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

18

Bekanntmachung des Beschlusses des Rates der Gemeinde Bad Laer über den Jahresabschluss und die Entlastung für das Haushaltsjahr 2018

Der Rat der Gemeinde Bad Laer hat in seiner Sitzung am 17.12.2019 gemäß § 129 Abs. 1 NKG in Verbindung mit § 58 Abs. 1 Nr. 10 NKG folgenden Beschluss gefasst:

- 1.) Der vom Rechnungsprüfungsamt geprüfte Jahresabschluss 2018 wird in der vorliegenden Fassung auf Basis der Bilanz zum 31.12.2018, der Gesamtergebnisrechnung und der Gesamtfinanzrechnung festgestellt.
- 2.) Der Jahresüberschuss beim ordentlichen Ergebnis in Höhe von 920.103,71 € wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Der Jahresüberschuss beim außerordentlichen Ergebnis in Höhe von 33.448,61 € wird der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt.

3.) Dem Bürgermeister wird für das Haushaltsjahr 2018 Entlastung erteilt.

Der Jahresabschluss 2018 sowie der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes liegen in der Zeit vom 16.01. bis 24.01.2020 im Rathaus, Glandorfer Str. 5, Zimmer-Nr. 24, öffentlich aus.

Bad Laer, 17.12.2019

Gemeinde Bad Laer
Der Bürgermeister
Tobias Avermann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

19

Bekanntmachung
des Beschlusses des Rates der Gemeinde Bad Laer
über den konsolidierten Gesamtabchluss
für das Haushaltsjahr 2018

Der Rat der Gemeinde Bad Laer hat in seiner Sitzung am 17.12.2019 gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG in Verbindung mit § 58 Abs. 1 Nr. 10 NKomVG folgenden Beschluss gefasst:

Der vom Rechnungsprüfungsamt geprüfte konsolidierte Gesamtabchluss für das Haushaltsjahr 2018 wird in der vorliegenden Fassung auf Basis der Bilanz zum 31.12.2018 und der Ergebnisrechnung festgestellt.

Der konsolidierte Gesamtabchluss 2018 sowie der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsamtes liegen in der Zeit vom 16.01. bis 24.01.2020 im Rathaus, Glandorfer Str. 5, Zimmer-Nr. 24, öffentlich aus.

Bad Laer, 17.12.2019

Gemeinde Bad Laer
Der Bürgermeister
Tobias Avermann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

20

Haushaltssatzung
der Gemeinde Voltlage
für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z. Zt. gültigen Fassung hat der Rat der Gemeinde Voltlage in seiner Sitzung am 20.11.2019 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im **Ergebnishaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1	der ordentlichen Erträge auf	2.669.800 €
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	2.406.600 €
1.3	der außerordentlichen Erträge auf	0 €
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 €
1.5	Jahresergebnis	263.200 €

2. im **Finanzhaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1	der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	2.562.900 €
2.2	der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	2.247.500 €
2.3	der Einzahlungen für Investitionen auf	0 €
2.4	der Auszahlungen für Investitionen auf	2.606.300 €
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	2.456.900 €
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	166.000 €

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag	
der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	5.019.800 €
der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	5.019.800 €

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf **2.456.900 €**.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird festgesetzt auf **427.100 €**.

§ 5

Die Hebesätze für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer	
a) für land- u. forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A)	360 v. H.
b) für Grundstücke (Grundsteuer B)	360 v. H.
2. Gewerbesteuer	380 v. H.

§ 6

Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 117 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gelten als unerheblich, wenn sie 10 v. H. des jeweiligen Haushaltsansatzes, höchstens aber 2.000 € bei dem jeweiligen Haushaltsansatz nicht übersteigen. Bei den außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen beträgt der Höchstbetrag 2.000 €.

Voltlage, den 20.11.2019

(Siegel) **Gemeinde Voltlage**
Der Bürgermeister
Norbert Trame

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung der Gemeinde Voltlage für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die gemäß § 120 Abs. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) erforderliche aufsichtsbehördliche Genehmigung hat der Landkreis Osnabrück, Kommunalaufsicht, 49015 Osnabrück, mit Verfügung vom 16.12.2019, Az.: 11.3 - Re, erteilt.

Der Haushaltsplan 2020 liegt gem. § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG in der Zeit vom 16. bis einschließlich 24. Januar 2020 während der Dienststunden zur Einsichtnahme in der Samtgemeindeverwaltung Neuenkirchen, Zimmer 14, Alte Poststr. 5-7, 49586 Neuenkirchen, öffentlich aus.

Voltlage, den 18.12.2019

Gemeinde Voltlage
Der Bürgermeister
Norbert Trame

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

21

Verordnung über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Katzen im Gebiet der Gemeinde Bad Laer vom 17.12.2019

Aufgrund der §§ 1 und 55, Abs. 1 Nr. 1 des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetz (NPOG) in der Fassung vom 19.01.2005 (Nds. GVBl. 2005, S. 9), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20.05.2019 (Nds. GVBl. S. 88), in Verbindung mit den §§ 10,11 und 58 Abs. 1 Ziffer 5 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Fassung vom 17. Dezember 2010 (Nds. GVBl. Seite 576), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 27. März 2019 (Nds. GVBl. S. 70), hat der Rat der Gemeinde Bad Laer in seiner Sitzung am 17.12.2019 folgende Verordnung erlassen:

§ 1 Geltungsbereich

Diese Verordnung gilt im Gebiet der Gemeinde Bad Laer.

§ 2 Katzenhaltung

- (1) Katzenhalter, die ihrer Katze die Möglichkeit gewähren, sich außerhalb der Wohnung ihres Halters frei zu bewe-

gen, haben diese zuvor von einem Tierarzt kastrieren und mittels Mikrochip oder Tätowierung kennzeichnen zu lassen. Dies gilt nicht für weniger als 5 Monate alte Katzen.

- (2) Der Katzenhalter ist verpflichtet, mit der Kennzeichnung die Registrierung der Katze in einer der Registrierungsdatenbanken (z.B. Tasso oder FINDEFIX – Das Haustierre-gister des Deutschen Tierschutzbundes) unverzüglich vorzunehmen.
- (3) Als Katzenhalter im Sinne des Absatzes 1 gilt auch, wer einer freilaufenden Katze regelmäßig Futter zur Verfügung stellt.
- (4) Für die Zucht von Rassekatzen können auf Antrag Ausnahmen von der Kastrationspflicht zugelassen werden, sofern eine Kontrolle und Versorgung der Nachzucht glaubhaft dargelegt wird.
- (5) Auf Antrag können Ausnahmen von den Bestimmungen dieser Verordnung zugelassen werden, wenn die Interessen des Antragstellers die durch die Verordnung geschützten öffentlichen und privaten Interessen im Einzelfall nicht nur geringfügig überwiegen.

§ 3 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig nach § 59 Absatz 1 NPOG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Bestimmungen dieser Verordnung hinsichtlich des Kastrations- und Kennzeichnungsgebotes für freilaufende Katzen zuwiderhandelt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 59 Absatz 2 NPOG mit einer Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet werden.

§ 4 Inkrafttreten

- (1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntgabe in Kraft.
- (2) Diese Verordnung tritt gem. § 61 NPOG 10 Jahre nach ihrem In-Kraft-Treten außer Kraft.

Bad Laer, den 18.12.2019

(Siegel) **Gemeinde Bad Laer**
Avermann
Bürgermeister

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

22

Bekanntmachung über das Inkrafttreten der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 12 „Zwischen Rodberding und Farwick I.“ der Gemeinde Nortrup

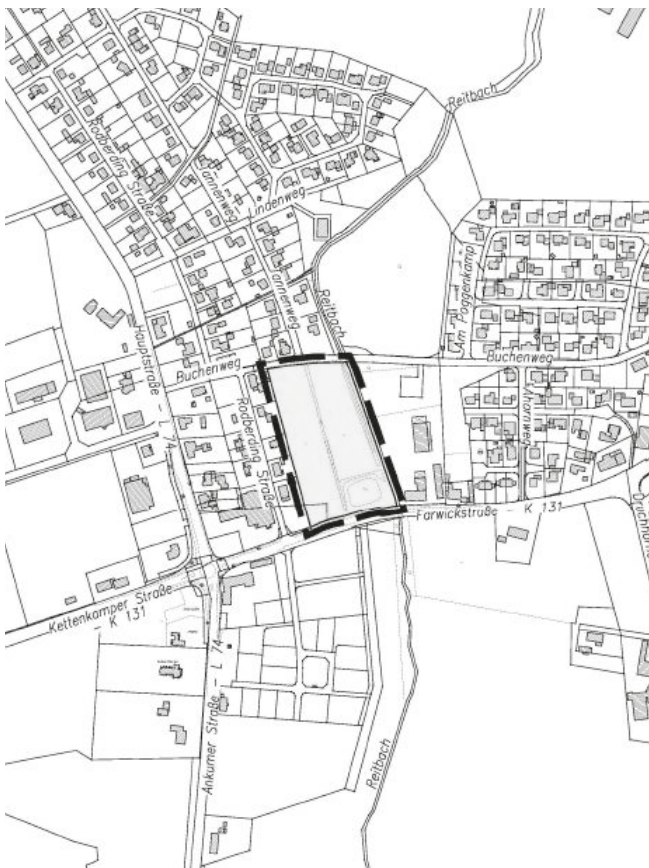
Der Rat der Gemeinde Nortrup hat in seiner Sitzung am 09.12.2019 die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 12 „Zwischen Rodberding und Farwick I.“, bestehend aus der Planzeichnung mit den textlichen planungsrechtlichen Fest-

setzungen nebst Begründung gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der zur Zeit der Beschlussfassung geltenden Fassung als Satzung beschlossen.

Der Bebauungsplan wurde aus dem gültigen Flächennutzungsplan der Samtgemeinde Artland entwickelt.

Der ca. 2,0 ha große Änderungsbereich befindet sich im Westen des Ortsteils Farwick der Gemeinde Nortrup, östlich der „Rodberdingstraße“. Er wird von den Straßen „Buchenweg“ im Norden, dem „Reitbach“ im Osten, der „Farwickstraße (K131)“ im Süden sowie der jeweiligen östlichen Grenze der Grundstücke Rodberdingstraße 37 – 47 begrenzt und betrifft die Grundstücke Gemarkung Nortrup, Flur 13, Flurstücke 91/11, 92/81 u. 92/82.

Die Abgrenzung des Geltungsbereiches ergibt sich aus der nachstehenden Übersichtskarte.



Gegenstand der Änderung ist die Anpassung der bisherigen Planung eines allgemeinen Wohngebietes unter Berücksichtigung heutiger naturschutzrechtlicher Anforderungen.

Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 12 „Zwischen Rodberding und Farwick I.“ nebst Begründung liegt ab sofort bei der Gemeinde Nortrup, Postweg 1, Zimmer 4, 49638 Nortrup, während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht aus. Jedermann kann über den Inhalt dieses Bebauungsplanes Auskunft verlangen.

Mit dieser Bekanntmachung wird der vorgenannte Bebauungsplan nebst Begründung gemäß § 10 BauGB rechtsverbindlich.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs. 1 BauGB eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2

BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Gemeinde Nortrup unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2 a BauGB beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird zudem hingewiesen.

Nortrup, 19.12.2019

Gemeinde Nortrup
Der Bürgermeister
Karl-Heinz Budke

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

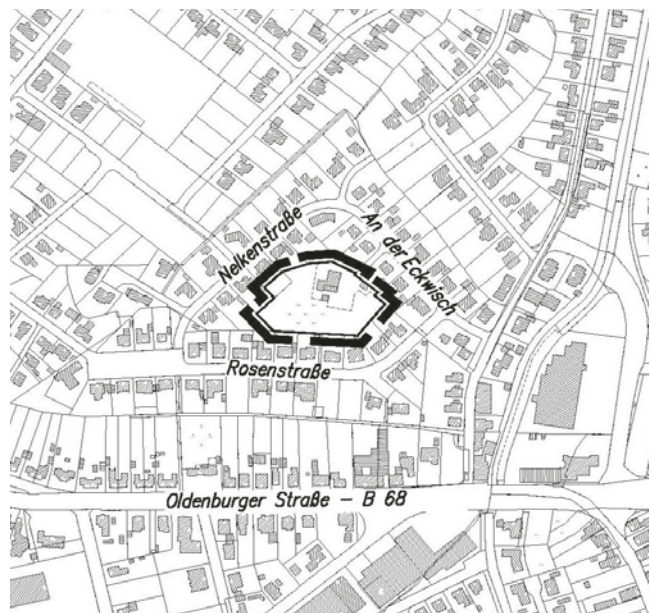
23

Bekanntmachung über das Inkrafttreten der 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 46 "Hengelage" gemäß Baugesetzbuch in der zur Zeit geltenden Fassung der Stadt Quakenbrück

Der Rat der Stadt Quakenbrück hat in seiner Sitzung am 09.12.2019 die 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 46 "Hengelage" nebst Begründung als Bebauungsplan der Innenentwicklung nach den Vorschriften des § 13 a Baugesetzbuch im beschleunigten Verfahren als Satzung beschlossen.

Der Geltungsbereich der Änderung hat eine Größe von 5.614 m² und bezieht sich auf die Flurstücke 136/49 und 136/22, Flur 15 der Gemarkung Essen.

Die genaue Lage ist aus dem nachstehenden Kartenausschnitt ersichtlich:



Gegenstand der Änderung ist die Neuüberplanung einer bislang festgesetzten öffentlichen Grünfläche „Spielplatz“ sowie einer Straßenverkehrs- u. Parkfläche zu allgemeinen Wohngebietsflächen, wie auch die Neuplanung der privaten Verkehrsfläche zur Neuordnung der baulichen Nutzbarkeit.

Mit dieser Bekanntmachung wird die 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 46 "Hengelage" nebst Begründung gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) rechtsverbindlich.

Jedermann kann die Bebauungsplanänderung und die Begründung während der Dienststunden im Verwaltungsgebäude Markt 2, Zimmer 203, 49610 Quakenbrück einsehen und über den Inhalt Auskunft verlangen.

Unbeachtlich werden nach § 215 BauGB

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften
 2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
 3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs,
- wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung der Satzung schriftlich der Stadt Quakenbrück unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB über die fristgemäße Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Quakenbrück, 12.12.2019

Stadt Quakenbrück
Der Stadtdirektor
i. V. Wuller

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

24

Bekanntmachung
über den Erlass einer Klarstellungssatzung
für den Bereich Zum Jägerberg/ Im Tiefen Garten
in der Gemeinde Hagen a.T.W.,
Landkreis Osnabrück

Der Rat der Gemeinde Hagen a.T.W. hat in seiner Sitzung am 12. Dezember 2019 die Klarstellungssatzung für den Bereich Zum Jägerberg/ Im Tiefen Garten, bestehend aus der Planzeichnung und dem Satzungstext einschließlich Begründung, gemäß § 34 Abs. 4 S. 1 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Das Plangebiet befindet sich im Ortsteil Natrup-Hagen der Gemeinde Hagen a.T.W. und umfasst die Flurstücke 2/6, 2/9, 2/10, 2/11, 2/12, 2/13, 4/2, 4/4, 4/5, 4/8, 4/10, 4/11, 6/1, 6/3, 6/7, 6/8, 20/1, 20/3, 20/5, 127/12, 127/13, 127/14, 127/15, 127/16, 127/17, 127/18, 128/6, 128/7, 128/9, 128/11, 128/12, 128/14, 128/15, 128/16, 128/17, 130/2, 130/3, 133, 136/1, 137, 138/2, 142/4, 142/5, 143/4, 143/5, 143/6, 143/7, 143/8,

143/11, 143/12, 145/1, 147/4, 149/4, sowie 149/5 und in Teilen die Flurstücke 18/6, 20/6, 22/2, 22/3, 24/1, 26/1, 29/1, 32/1, 35/1, 127/1, 127/20, 127/21, 128/10, 128/13, 128/18, 128/19, 132/1 und 134/1 aus der Flur-Nr. 4 der Gemarkung Natrup-Hagen.

Die Lage des Plangebietes ist aus der nachstehenden Übersichtskarte ersichtlich.



Der Beschluss der Gemeinde Hagen a.T.W. wird hiermit gem. § 34 Abs. 6 S. 2 BauGB i.V.m. § 10 Abs. 3 S. 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.

Die Klarstellungssatzung Zum Jägerberg/ Im Tiefen Garten einschließlich Satzungstext und Begründung liegt ab sofort bei der Gemeindeverwaltung Hagen a.T.W., Schulstraße 7, 49170 Hagen a.T.W., Zimmer-Nr. 20, während der Öffnungszeiten zu jedermanns Einsicht aus. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes auch Auskunft verlangen.

Mit dieser Bekanntmachung tritt die Klarstellungssatzung Zum Jägerberg/ Im Tiefen Garten gem. § 10 Abs. 3 S. 4 BauGB in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs. 1 BauGB eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Hagen a.T.W. unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2 a BauGB beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des Baugesetzbuches über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Hagen a.T.W., 15.01.2020

Gemeinde Hagen a.T.W.
Der Bürgermeister
Gausmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

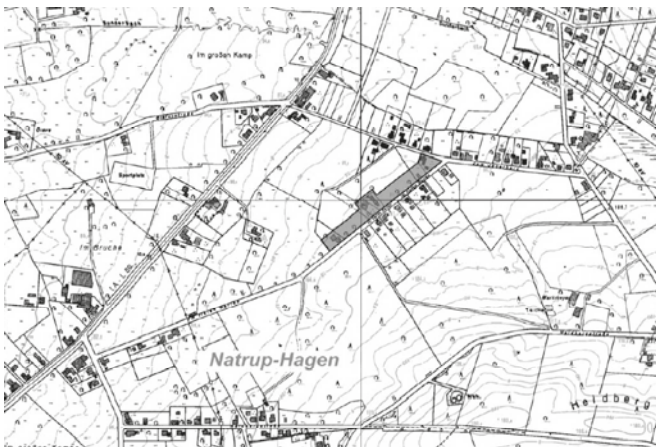
Bekanntmachung

über die Aufhebungssatzung der nach § 4 Abs. 4 des Maßnahmengesetzes zum Baugesetzbuch (BauGB) erlassenen Satzung für das Gebiet „Im Tiefen Garten“ in der Gemeinde Hagen a.T.W., Landkreis Osnabrück

Der Rat der Gemeinde Hagen a.T.W. hat in seiner Sitzung am 12. Dezember 2019 die Aufhebungssatzung der nach § 4 Abs. 4 des Maßnahmengesetzes zum BauGB erlassenen Satzung für das Gebiet „Im Tiefen Garten“, bestehend aus der Planzeichnung und dem Satzungstext einschließlich Begründung und Umweltbericht, gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Das Plangebiet befindet sich im Ortsteil Natrup-Hagen der Gemeinde Hagen a.T.W. und umfasst die Flurstücke 128/9, 130/2 und in Teilen die Flurstücke 128/6, 128/7, 128/10, 128/11, 128/12, 128/14, 128/15, 128/16, 128/17, 128/19, 130/3 aus der Flur-Nr. 4 der Gemarkung Natrup-Hagen.

Die Lage des Plangebietes ist aus der nachstehenden Übersichtskarte ersichtlich.



Der Beschluss der Gemeinde Hagen a.T.W. wird hiermit gem. § 10 Abs. 3 S. 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.

Die Aufhebungssatzung der nach § 4 Abs. 4 des Maßnahmengesetzes zum BauGB erlassenen Satzung für das Gebiet „Im Tiefen Garten“ einschließlich Satzungstext, Begründung und Umweltbericht liegt ab sofort bei der Gemeindeverwaltung Hagen a.T.W., Schulstraße 7, 49170 Hagen a.T.W., Zimmer-Nr. 20, während der Öffnungszeiten zu jedermanns Einsicht aus. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes auch Auskunft verlangen.

Mit dieser Bekanntmachung tritt die Aufhebungssatzung der nach § 4 Abs. 4 des Maßnahmengesetzes zum BauGB erlassenen Satzung für das Gebiet „Im Tiefen Garten“ gem. § 10 Abs. 3 S. 4 BauGB in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs. 1 BauGB eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Hagen a.T.W. unter Dar-

legung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2 a BauGB beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des Baugesetzbuches über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Hagen a.T.W., 15.01.2020

Gemeinde Hagen a.T.W.
Der Bürgermeister
Gausmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

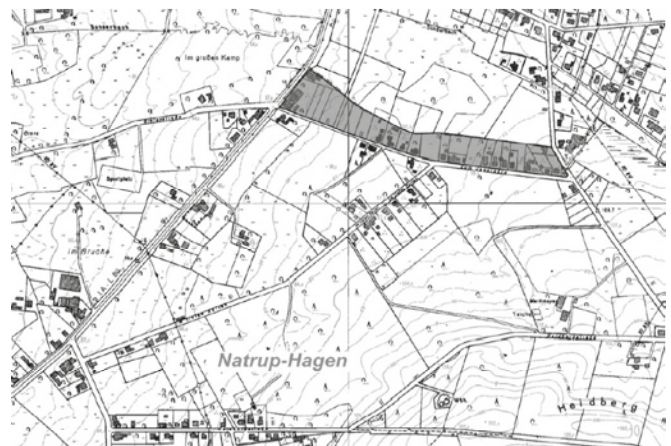
Bekanntmachung

über die Aufhebungssatzung der nach § 4 Abs. 4 des Wohnungsbauerleichterungsgesetzes (WoBauErlG) erlassenen Satzung für das Gebiet „Zum Jägerberg“ in der Gemeinde Hagen a.T.W., Landkreis Osnabrück

Der Rat der Gemeinde Hagen a.T.W. hat in seiner Sitzung am 12. Dezember 2019 die Aufhebungssatzung der nach § 4 Abs. 4 des WoBauErlG erlassenen Satzung für das Gebiet „Zum Jägerberg“, bestehend aus der Planzeichnung und dem Satzungstext einschließlich Begründung und Umweltbericht, gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Das Plangebiet befindet sich im Ortsteil Natrup-Hagen der Gemeinde Hagen a.T.W. und umfasst die Flurstücke 2/6, 2/9, 2/10, 2/11, 2/12, 2/13, 4/2, 4/4, 4/5, 4/8, 4/10, 4/11, 6/1, 6/3, 6/7, 6/8, 136/1, 137, 138/2, 142/4, 142/5, 143/4, 143/5, 143/6, 143/7, 143/8, 143/11, 143/12, 147/4, 149/4 und 149/5 aus der Flur Nr. 4 der Gemarkung Natrup-Hagen.

Die Lage des Plangebietes ist aus der nachstehenden Übersichtskarte ersichtlich.



Der Beschluss der Gemeinde Hagen a.T.W. wird hiermit gem. § 10 Abs. 3 S. 1 BauGB ortsüblich bekannt gemacht.

Die Aufhebungssatzung der nach § 4 Abs. 4 des WoBauErlG erlassenen Satzung für das Gebiet „Zum Jägerberg“ einschließlich Satzungstext, Begründung und Umweltbericht liegt ab sofort bei der Gemeindeverwaltung Hagen a.T.W., Schul-

straße 7, 49170 Hagen a.T.W., Zimmer-Nr. 20, während der Öffnungszeiten zu jedermanns Einsicht aus. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes auch Auskunft verlangen.

Mit dieser Bekanntmachung tritt die Aufhebungssatzung der nach § 4 Abs. 4 des WoBau-ErLG erlassenen Satzung für das Gebiet „Zum Jägerberg“ gem. § 10 Abs. 3 S. 4 BauGB in Kraft.

Es wird darauf hingewiesen, dass gem. § 215 Abs. 1 BauGB eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde Hagen a.T.W. unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind. Dies gilt entsprechend, wenn Fehler nach § 214 Abs. 2 a BauGB beachtlich sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des Baugesetzbuches über die Entschädigung von durch den Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Hagen a.T.W., 15.01.2020

Gemeinde Hagen a.T.W.
Der Bürgermeister
Gausmann

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

27

24. Satzung
zur Änderung der Satzung der Gemeinde Glandorf
über die Erhebung der Abgaben für die
Abwasserbeseitigung der Gemeinde Glandorf

Abwasserbeseitigungsabgabensatzung

Aufgrund der §§ 10, 58 und 111 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom 17.12.2010 und aufgrund des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes (NKAG) vom 23.01.2007 hat der Rat der Gemeinde Glandorf in seiner Sitzung am 03.12.2019 folgende Änderungssatzung beschlossen:

Artikel I

Die Satzung über die Erhebung der Abgaben für die Abwasserbeseitigung der Gemeinde Glandorf (AGS) vom 16.02.1993 (Amtsblatt des Landkreises Osnabrück, Nr. 7 vom 31.03.1993, Seite 61, lfd. Nr. B 71), zuletzt geändert durch die 23. Änderungssatzung vom 21.12.2018 (Amtsblatt des Landkreises Osnabrück, Nr. 1 vom 15.01.2019), wird wie folgt geändert:

§ 15 – Gebührensätze - erhält folgende Fassung:

„Die Abwassergebühr beträgt für die

- a) Niederschlagswassergebühr
29,64 EUR/je angef. 100 m²

Artikel II

Diese Änderungssatzung tritt am 01.01.2019 in Kraft.

Glandorf, den 23.12.2018

Gemeinde Glandorf
(Siegel) Dr. Heuvelmann
Bürgermeisterin

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

28

Verordnung
über die Aufrechterhaltung der öffentlichen
Sicherheit und Ordnung
in der Gemeinde Bad Rothenfelde
(Gefahrenabwehrverordnung – GefAbwVO)
vom 26.09.2019

Präambel

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Begriffsbestimmungen
- § 3 Bauliche Anlagen
- § 4 Einrichtungen an Verkehrsflächen
- § 5 Reinigen und Reparieren von Fahrzeugen
- § 6 Werbung und Warenautomaten
- § 7 Hausnummern
- § 8 Fütterungsverbot
- § 9 Tierhaltung
- § 10 Anleinplicht
- § 11 Eisflächen
- § 12 Benutzung öffentlicher Anlagen
- § 13 Offenes Feuer im Freien
- § 14 Brauchtumsfeuer
- § 15 Feuerwerk
- § 16 Ausnahmen
- § 17 Ordnungswidrigkeiten
- § 18 Inkrafttreten

Hinweis

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

Präambel

Aufgrund des § 1 und 55 Absatz 1 Nr. 1 des Niedersächsischen Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (NPOG) in der Fassung vom 19.01.2005 (Nds. GVBl. 2005 S. 9), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 20.05.2019 (Nds. GVBl. S. 88), hat der Rat der Gemeinde Bad Rothenfelde in seiner Sitzung am 26. September 2019 folgende Verordnung beschlossen:

- § 1
Geltungsbereich

- (1) Diese Verordnung gilt im Gebiet der Gemeinde Bad Rothenfelde – Landkreis Osnabrück.
- (2) Spezielle Regelungen in anderen Rechtsvorschriften der Gemeinde Bad Rothenfelde haben Vorrang vor den Bestimmungen dieser Verordnung. Soweit andere Vorschriften keine oder keine abschließenden Regelungen enthalten, findet diese Verordnung ergänzend Anwendung.

§ 2 Begriffsbestimmungen

1. **Verkehrsflächen** im Sinne dieser Verordnung sind ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse oder eine öffentlich-rechtliche Widmung öffentlich zugängliche Straßen, Wege, Plätze, Brücken und Durchgänge sowie alle Interessenwege.
2. Zu den Verkehrsflächen im Sinne dieser Verordnung zählen Fahrbahnen, Radwege, Gehwege, Treppen, Tunnel, Durchlässe, Dämme, Gräben, Entwässerungsanlagen, Böschungen, Stützmauern, Trenn-, Seiten-, Rand- und Sicherheitsstreifen, Gossen, Parkstreifen und ähnliche Bestandteile des Straßenkörpers ohne Rücksicht darauf, ob und wie die einzelnen Straßenteile befestigt sind.
3. **Öffentliche Anlagen** im Sinne dieser Verordnung sind ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse oder eine öffentlich-rechtliche Widmung öffentlich zugängliche Erholungsflächen, Grünanlagen, Waldungen, Schul- und Sportanlagen, Spielplätze und ähnliche Einrichtungen.
4. **Spielplätze** im Sinne dieser Verordnung sind ohne Rücksicht auf die Eigentumsverhältnisse oder eine öffentlich-rechtliche Widmung öffentlich zugängliche Sand- und Gerätespielplätze, für Trendsportarten vorgesehene Flächen (z. B. Skateboardbahnen) und Ballspielplätze (z. B. Beachvolleyball- und Bolzplätze).
5. Als **Grundstück** im Sinne dieser Verordnung ist jeder zusammenhängende Grundbesitz ohne Rücksicht auf die Grundbuchbezeichnung anzusehen, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet, besonders dann, wenn ihm eine eigene Hausnummer zugeteilt ist.
6. **Fahrzeuge** im Sinne dieser Verordnung sind Kraftfahrzeuge und Fahrzeuganhänger, Fahrzeuge und Maschinen der Land- und Forstwirtschaft, Wohnwagen, Motorräder, Mofas, Fahrräder, Pedelecs, E-Bikes, E-Roller (E-Scooter), Pferdefuhrwerke und ähnliche Fahrzeuge. Nicht unter Satz 1 fallen Kinderfahrräder mit einer Radgröße bis einschließlich 20 Zoll und elektrische Krankenfahrstühle.
7. **Brauchtumsfeuer** - Nach Expertenmeinung sind Brauchtumsfeuer wie z. B. Osterfeuer, Maifeuer, Kartoffelfeuer oder andere Feuer, ein wichtiger Bestandteil des kulturellen Lebens in einem Ort. In der Regel finden Sie öffentlich statt und dienen der Kontaktpflege zwischen den Einwohnern einer Gemeinde und deren Gäste.

§ 3 Bauliche Anlagen

- (1) Auf frisch gestrichene bauliche Anlagen, die unmittelbar an Verkehrsflächen liegen, ist durch Hinweisschilder aufmerksam zu machen.

- (2) Eiszapfen an Gebäudeteilen, Schneeüberhänge und auf Dächern liegende Schneemassen, die eine Gefahr für Personen oder Sachen auf Verkehrsflächen oder in öffentlichen Anlagen bilden, sind unverzüglich zu entfernen.
- (3) Für erforderliche Maßnahmen nach Absatz 1 und Absatz 2 ist der Eigentümer des Grundstücks verantwortlich. Erbbauberechtigte treten an die Stelle der Eigentümer. Wer die tatsächliche Gewalt über eine Anlage oder ein Grundstück ausübt, ist neben dem Eigentümer oder Erbbauberechtigten verantwortlich.

§ 4 Einrichtungen an Verkehrsflächen

- (1) Anpflanzungen und sonstige Einfriedungen, die in die Verkehrsflächen hineinragen, dürfen die Verkehrssicherheit, insbesondere Straßenbeleuchtung und Verkehrsschilder, nicht beeinträchtigen. Anpflanzungen müssen dabei so im Schnitt gehalten werden, dass der Luftraum über dem Geh- und/oder Radweg mindestens bis zur Höhe von 3,00 m und über der Fahrbahn bis zu mindestens 4,50 m frei bleibt (Lichtraumprofil).
- (2) Anpflanzungen und sonstige Einfriedungen dürfen, um die Übersicht über die Fahrbahnen nicht zu behindern und die Teilnehmer nicht zu gefährden, nicht höher als 0,80 m sein (Sichtdreieck) bezogen auf die Höhe der Erschließungsstraße, und zwar
 - a) an engen, unübersichtlichen Straßenteilen sowie in Straßenkrümmungen,
 - b) an Straßenkreuzungen und -einmündungen in einer Länge von 10 m vor und hinter der Ecke, an der die Fahrbahnkanten zusammentreffen.

Innerhalb rechtsgültiger Bebauungspläne gelten die dort festgeschriebenen Sichtdreiecke.

§ 5 Reinigen und Reparieren von Fahrzeugen

- (1) Es ist untersagt, Fahrzeuge aller Art auf Verkehrsflächen, in öffentlichen Anlagen oder in unmittelbarer Nähe von Gewässern zu reinigen oder zu reparieren.
- (2) Absatz 1 gilt nicht, soweit Scheiben, Beleuchtungseinrichtungen oder Kennzeichenschilder gereinigt werden oder soweit Reparaturen durch plötzliche Betriebsschäden notwendig werden und die Fahrbereitschaft oder die Fahrsicherheit durch die Reparatur wiederhergestellt werden kann.

Bei vorgenannten Reinigungsarbeiten darf lediglich Wasser, aber keine Reinigungs- und Lösungsmittel verwendet werden.

- (3) Auf Grundstücken ist das Reinigen von Fahrzeugen nur zulässig, wenn die Reinigungsabwässer über einen Schmutzwassereinlauf mit vorgeschaltetem und ordnungsgemäß installiertem Ölabscheider der Schmutzwasserkanalisation zugeführt werden oder aufgefangen und fachgerecht entsorgt werden. Das Wasser darf nicht ins Erdreich versickern. Regenwasser darf über diesen Einlauf nicht in die Schmutzwasserkanalisation gelangen.

§ 6 Werbung und Warenautomaten

- (1) Plakate, Anschlagzettel und sonstige Ankündigungs- und Werbemittel dürfen nur an den nach § 50 der Niedersächsischen Bauordnung (NBauO) zulässigen Außenwerbeanlagen sowie auf schriftlichen Antrag an den von der Gemeinde Bad Rothenfelde genehmigten Stellen angebracht werden.
- (2) Verboten ist das nicht vorher genehmigte Plakatieren von Brücken, Bäumen, Masten, Wartehallen, öffentlichen Gebäuden und Einrichtungen oder sonstigem öffentlichen Eigentum.
- (3) Das Verbot nach Absatz 2 gilt nicht
 - a) in Schaufenstern und Schaukästen,
 - b) aus Anlass von Abstimmungen sowie Wahlen zum Europäischen Parlament, Deutschen Bundestag, Niedersächsischen Landtag und kommunalen Vertretungen sowie des Bürgermeisters.
- (4) Bei Verkaufsständen, Warenautomaten oder in Anlagen an Verkehrsflächen, in denen verpackte und zum sofortigen Verzehr gedachte Waren angeboten werden, hat der Geschäftsinhaber bzw. Automatenaufsteller Abfallbehälter in ausreichender Anzahl und Größe bereitzustellen und nach Bedarf zu leeren.

§ 7 Hausnummern

- (1) Die nach § 126 Absatz 3 des Baugesetzbuches zu befestigende Nummer ist von allen Grundstücks- oder Wohnungseigentümern, Erbbauberechtigten oder ihnen dinglich gleichgestellten Personen eines bebauten Grundstückes nach Zuteilung durch die Gemeinde Bad Rothenfelde innerhalb von 14 Tagen nach Beginn der Nutzung des Gebäudes an ihrem Gebäude oder auf dem Grundstück anzubringen. Die Kosten für die Beschaffung, Anbringung und die Erhaltung der Hausnummern sind von dem in Satz 1 genannten Personenkreis zu tragen.
- (2) Die Hausnummern sind bei Hauptgebäuden neben dem Hauseingang anzubringen. Bei mehreren Eingängen ist jeder Eingang mit der Hausnummer zu versehen. Liegt der Hauseingang in der Seitenwand oder an der Rückseite des Gebäudes, so muss die Hausnummer an der Vorderseite des Gebäudes, und zwar unmittelbar an der dem Hauseingang zunächst liegenden Gebäudeecke angebracht werden. Liegt das Hauptgebäude mehr als 5 m hinter der Grundstücksgrenze und ist das Grundstück durch eine Einfriedigung von der Verkehrsfläche abgeschlossen, so ist an der Einfriedigung die Hausnummer anzubringen. Bei Hinter- und Nebenhäusern ist die Hausnummer am Eingang anzubringen.
- (3) Die Hausnummern sind an den Gebäuden in einer Höhe von 2,- m bis 2,50 m anzubringen. Sie müssen stets deutlich sichtbar und im Kontrast zur Hauswand sowie in leserlichem Zustand erhalten werden.
- (4) Die Verpflichtungen der Absätze 1 - 3 gelten auch für den Fall einer erforderlich werdenden Änderung bestehender Straßennamen oder Gebäudenummerierungen. Der in Absatz 1 genannte Personenkreis ist verpflichtet, die durch

die Gemeinde Bad Rothenfelde neu zugeteilte Hausnummer innerhalb eines Monats auf eigene Kosten anzubringen.

§ 8 Fütterungsverbot

- (1) Das Füttern freilebender Tauben und Enten sowie das Auslegen von für freilebende Tauben und Enten bestimmtes oder geeignetes Futter sind verboten.
- (2) Absatz 1 gilt nicht für Personen während der berechtigten Jagdausübung.

§ 9 Tierhaltung

- (1) Tierhalter und Tierführer sind verpflichtet zu verhüten, dass ihr Tier auf Verkehrsflächen und öffentlichen Anlagen
 - a) unbeaufsichtigt umherläuft,
 - b) Personen oder Tiere anspringt oder anfällt,
 - c) Verkehrsflächen oder öffentliche Anlagen mit Kot verunreinigt oder beschädigt. Nach der Verunreinigung durch Kot ist der Tierhalter bzw. Tierführer unverzüglich zur Säuberung verpflichtet. Diese Reinigungspflicht geht der des Anliegers vor.
- (2) Auf für jedermann zugängliche Kinderspielplätze, Bolzplätze, Sportplätze, Schulhöfe und Gelände von Kindergärten dürfen Hunde nicht mitgenommen werden.
- (3) Die Regelungen des Absatzes (2) gelten nicht für Blindenführhunde, die im Führgeschirr bestimmungsgemäß eingesetzt werden.
- (4) Nach Rechtsvorschriften als gefährlich festgestellte Hunde müssen auf allen öffentlich zugänglichen Orten an der Leine geführt werden und einen Maulkorb tragen, der das Beißen sicher verhindert.
- (5) Hunde sind so zu halten, dass sie nicht durch anhaltendes oder häufiges Bellen, Heulen oder ähnliche Geräusche die Anwohner in ihrer Ruhe stören.

§ 10 Anleinplicht

- (1) Hunde, die nicht ohnehin bereits aufgrund anderer Vorschriften einem Leinenzwang unterliegen, sind in den nachfolgenden Bereichen bzw. Ereignissen an einer biss- und reißfesten Leine zu führen. Die Leinenlänge darf 150 cm nicht überschreiten.
- (2) Der Leinenzwang gilt:
 1. auf Verkehrsflächen und in öffentlichen Anlagen innerhalb und einschließlich der durch die den Anlagen 1 und 2 zu dieser Verordnung genannten und eingezeichneten Straßen, soweit das Mitführen von Hunden zulässig ist,
 2. im Wald und der sonstigen freien Landschaft während der Brut- und Setzzeiten (vom 01. April bis zum 15. Juli) im Sinne des Niedersächsischen Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG),

3. in den nach § 24 des Niedersächsischen Naturschutzgesetzes (NNatG) ausgewiesenen Naturschutzgebieten der Gemeinde Bad Rothenfelde,
4. bei Umzügen, Volksfesten, Märkten und sonstigen Veranstaltungen mit Menschenansammlungen.

- (3) Außerhalb der in Absatz 2 genannten Flächen ist ein nicht angeleinter Hund unter Aufsicht zu führen, so dass insbesondere keine Menschen oder Tiere angesprungen oder angegriffen bzw. Tiere gehetzt oder gerissen werden können und der öffentliche Straßenverkehr nicht erschwert oder gefährdet wird.

§ 11 Eisflächen

Das Betreten oder Befahren der Eisflächen öffentlicher Gewässer im Gemeindegebiet ist verboten, es sei denn, die Freigabe wird durch die Gemeinde ortsüblich bekannt gegeben.

§ 12 Benutzung öffentlicher Anlagen

- (1) Auf öffentlichen Verkehrsflächen und Anlagen ist untersagt
- a) Bänke zum Liegen oder Schlafen zu benutzen,
 - b) zu übernachten,
 - c) Fahrzeuge abzustellen, soweit dafür keine Einrichtungen vorgesehen sind,
 - d) mit Fahrzeugen außerhalb der dafür vorgesehenen Verkehrsflächen zu fahren,
 - e) Abfälle außerhalb der dafür vorgesehenen Plätze oder Behältnisse zu entsorgen,
 - f) sich in den Eingangsbereichen der Schulen, Kindergärten und der bedachten Sportstätten, insbesondere Sporthallen, aufzuhalten, soweit es nicht für den Schul-, Kindergarten- oder Sportbetrieb erforderlich ist,
 - g) seine Notdurft zu verrichten,
 - h) das Betteln durch unmittelbares Einwirken von Person zu Person, insbesondere durch in den Weg stellen, Mitführen von Tieren, bedrängendes oder hartnäckiges Ansprechen oder Anfassen,
 - i) das Anstiften von Minderjährigen zu dieser Art des Bettelns sowie
 - j) das stille Betteln von Kindern oder mit Beteiligung von Kindern,
 - k) gefährliche Gegenstände oder gefährliche Stoffe mitzubringen,
 - l) Glas jeglicher Art, Metallteile oder Dosen zu zerschlagen oder einzugraben,
 - m) ausschließlich oder überwiegend zum Zweck des Alkoholenusses in der Öffentlichkeit zu verweilen, wenn die Auswirkungen geeignet sind, Dritte erheblich zu belästigen.
- (2) Die vorgenannten Regelungen des Absatzes 1 c) und d) gelten nicht für Personen und Fahrzeuge, die zur Unterhaltung oder Reparatur vor Ort eingesetzt werden.

§ 13 Offenes Feuer im Freien

Offene Feuer im Freien sind grundsätzlich verboten. Ausnahmen bedürfen der ausdrücklichen Genehmigung durch die Gemeinde Bad Rothenfelde. Diese Genehmigung ersetzt

nicht die Zustimmung der/des Verfügungsberechtigten des Grundstückes, auf dem das Feuer abgebrannt werden soll. Ausgenommen von Satz 1 ist das Grillen mit Glut in hierfür vorgesehenen Einrichtungen (Grillplätze) und auf Privatgrundstücken in dafür vorgesehenen und zugelassenen Grillgeräten sowie der Betrieb von Terrassenöfen und Holzkörben.

§ 14 Brauchtumsfeuer

- (1) Brauchtumsfeuer sind bis spätestens zwei Wochen vor dem Abbrenntag schriftlich bei der Gemeinde Bad Rothenfelde, Ordnungsamt, Frankfurter Str. 3, 49214 Bad Rothenfelde, anzuzeigen.

Die schriftliche Anzeige muss folgende Angaben enthalten:

1. Name und Anschrift des Veranstalters sowie eines Ansprechpartners,
2. Name, Anschrift und Mobiltelefonnummer einer volljährigen während der Veranstaltung ständig erreichbaren verantwortlichen Aufsichtsperson,
3. Ort und Zeitpunkt der Veranstaltung unter Beifügung eines Lageplanes,
4. Art und Menge (ggf. Schätzung) des Brennmaterials,
5. getroffene Vorkehrungen zum Schutz der Nachbarn.

- (2) Osterfeuer dürfen ausschließlich am Ostersonntag abgebrannt werden.

- (3) Beim Abbrennen eines Brauchtumsfeuers sind folgende Sicherheitsabstände einzuhalten:

zu unbewohnten Gebäuden	50 m
zu Wohngebäuden, anderen Gebäuden mit Aufenthaltsräumen	50 m
zu Straßen, Eisenbahnstrecken und anderen öffentlichen Verkehrsflächen	25 m
zu Energieversorgungsanlagen (u. a. Freileitungen)	25 m
zu Kuranlagen, Zelt- und Campingplätzen sowie anderen Erholungseinrichtungen	100 m
zu Wäldern, Hecken, Wallhecken, Heideflächen und Mooren	100 m
zu schützenswerten Bereichen und Einrichtungen, insbesondere Sanatorien/Kliniken, Seniorenheimen, Gebäuden mit Reetdächern oder Fachwerk, Kirchen oder Denkmälern	100 m

- (4) Verboten sind Brauchtumsfeuer
- in Schutzzonen, deren Schutzzweck damit nicht vereinbar ist (Wasserschutzgebiete, Natur- und Landschaftsschutzgebiete sowie Flächen besonders geschützter Biotope),
 - im Bereich von Naturdenkmälern und geschützten Landschaftsteilen,
 - auf moorigem Untergrund.

Darüber hinaus dürfen Brauchtumsfeuer bei starker Trockenheit, starkem Wind oder bei Inversionswetterlagen (Smog, Nebel) nicht abgebrannt werden. Starke Trockenheit liegt ab Waldbrandgefahrenstufe 4 vor (amtliche Infor-

mationen siehe unter <http://www.dwd.de/waldbrand>). Starker Wind liegt ab Windstärke 6 vor und verursacht eine deutliche Bewegung von armstarken Ästen.

Hierbei sind die Umstände des Einzelfalles zu berücksichtigen und auf die örtlichen Verhältnisse zum Zeitpunkt des Abbrenntermins abzustellen.

- (5) Es dürfen nur Gartenabfälle, die durch Baum- oder Strauchschnitt angefallen sind, verbrannt werden. Es ist verboten, behandeltes Holz, Sperr- oder Plastikmüll, Reifen und sonstige Abfälle zu verbrennen.
- (6) Das private Brauchtumsfeuer darf eine Größe von 10 cbm nicht überschreiten, damit das Feuer innerhalb weniger Stunden vollständig abgebrannt sein kann. Ein mehrere Tage dahin schwelendes Feuer ist mit dem Brauchtum nicht vereinbar und wird als rechtswidrige Abfallentsorgung betrachtet.
- (7) Das Brennmaterial darf erst wenige Tage vor dem Abbrenntermin des Brauchtumsfeuers aufgeschichtet werden, um illegale Abfallablagerungen durch Dritte zu verhindern. Vor dem Entzünden der Feuerstelle ist das Brennmaterial umzuschichten, um sicherzustellen, dass sich darin keine Menschen oder Tiere befinden.
- (8) Brandbeschleuniger (z. B. Spiritus, Öl, Benzin) dürfen zum Anzünden sowie zur Unterhaltung des Feuers nicht verwendet werden.
Das Feuer ist ständig unter Kontrolle zu halten. Rauchentwicklung und Funkenflug sind zu vermeiden. Es dürfen keine Personen, Gebäude oder der Straßenverkehr dadurch gefährdet werden.

Zur Feuerbekämpfung sind stets ausreichende und geeignete Löschmittel (z. B. Feuerlöscher, Wasser, Sand) bereitzuhalten, sodass das Feuer bei Gefahr unverzüglich gelöscht werden kann.
- (9) Brauchtumsfeuer müssen dauerhaft von zwei Personen, davon eine volljährig, beaufsichtigt werden. Beim Verlassen der Feuerstelle müssen Feuer und Glut erloschen sein. Glutreste sind mit Sand/Erde zu bedecken.

Bei öffentlichen Brauchtumsfeuern ist eine Brandwache zu stellen.
- (10) Den Anweisungen der Polizei, der Feuerwehr sowie der zuständigen Mitarbeiter der Gemeinde Bad Rothenfelde ist unverzüglich Folge zu leisten. Rettungswege sind stets freizuhalten.

§ 15 Feuerwerk

- (1) Für das Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen (Feuerwerk) gelten die Regelungen des Gesetzes über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz) und der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz (1. SprengV). Nachstehende, weitergehende Regelungen erfolgen vor dem Hintergrund, dass Bad Rothenfelde als staatlich anerkanntes Heilbad prädikatisiert ist. Dies begründet einen zusätzlichen Schutzanspruch von Anwohnern, Patienten und Touristen mit einem besonderem Ruhe- und Erholungsbedürfnis. Aufgrund der land- und forstwirtschaftlichen Prägung Bad Rothenfeldes soll darüber hinaus auf die Tierhaltung Rücksicht genommen werden.

- (2) Auf dem Gebiet der Gemeinde Bad Rothenfelde ist das Abbrennen von pyrotechnischen Gegenständen mit ausschließlicher Knallwirkung (akustischen Effekten wie z. B. Knallen, Heulen, Pfeifen) verboten. Satz 1 gilt nicht am 31. Dezember und am 01. Januar. Ausgenommen vom Verbot nach Satz 1 sind pyrotechnische Gegenstände der Kategorie 1.

- (3) Ausnahmen vom Verbot des Absatzes 2 werden grundsätzlich nur bewilligt

1. für öffentliche Veranstaltungen, wenn
2. ein öffentliches Interesse vorliegt.

§ 16 Ausnahmen

- (1) Die Gemeinde Bad Rothenfelde kann von den Vorschriften dieser Verordnung in begründeten Fällen Ausnahmen zulassen.
- (2) Die Ausnahmegenehmigung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden.
- (3) Die Ausnahmegenehmigung ersetzt nicht etwaige nach anderen Bestimmungen erforderliche Erlaubnisse, Zustimmungen, Genehmigungen usw. von hierzu Berechtigten.

§ 17 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 59 Absatz 1 Nds. SOG handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen eine Vorschrift über
 1. die baulichen Anlagen nach § 3,
 2. die Einrichtungen an Verkehrsflächen nach § 4,
 3. das Reinigen und Reparieren von Fahrzeugen nach § 5,
 4. die Werbung und Warenautomaten nach § 6,
 5. die Hausnummern nach § 7,
 6. das Fütterungsverbot nach § 8,
 7. das Führen und Halten von Tieren (Tierhaltung) nach § 9,
 8. die Anleinpflcht nach § 10,
 9. die Eisflächen nach § 11,
 10. die Benutzung öffentlicher Anlagen nach § 12,
 11. die offenen Feuer nach § 13
 12. die Brauchtumsfeuer nach § 14,
 13. die Feuerwerke nach § 15,verstößt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit, soweit sie nicht nach Bundes- oder Landesrecht mit Strafe oder Geldbuße bedroht ist, kann nach § 59 Absatz 2 Nds. SOG mit einer Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet werden.

§ 18 Inkrafttreten

- (1) Diese Verordnung tritt gemäß § 60 Satz 1 Nds. SOG am Tage nach ihrer Veröffentlichung im „Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück“ in Kraft.
- (2) Die Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit im Gebiet der Gemeinde Bad Rothenfelde

vom 24.06.1998 ist nach Ablauf von 20 Jahren automatisch außer Kraft getreten.

- (3) Diese Verordnung tritt gemäß § 61 Satz 2 Nds. SOG spätestens 20 Jahre nach ihrem Inkrafttreten außer Kraft, soweit sie nicht vorher durch eine andere Verordnung ersetzt wird.

Bad Rothenfelde, den 26.09.2019

Gemeinde Bad Rothenfelde

Rehkämper
Bürgermeister

Anlage 1

(zu § 10 Abs. 2 Nr. 1)

Die Leinenpflicht gilt innerhalb der durch folgende Straßen (einschließlich Fuß- und Verbindungswege zwischen den Straßen) begrenzten Bereiche:

1. Auflistung Straßen in den markierten Bereichen 1 - 3

Bereich 1	Bereich 2	Bereich 3
Am Wäldchen	Ahornweg	Frankfurter Straße
Ellereck	Albrecht-Stalman-Weg	Nunnensieks Hof
Hehenbruchsweg	Alfred-Bauer-Straße	
Heidegrund	Alte Salzstraße	
Hünnefeldskamp	Altes Sägewerk	
Im Bogen	Am Alten Gradierwerk	
Im Dorf	Am Hurrelhof	
Mühlenweg	Am Kurpark	
Osterfeld	Am Mühlenbach	
Versmolder Straße	Am Pagenkamp	
Zum Voßort	Am Salzbach	
	Am Springberg	
	Amselweg	
	Auf dem Kalwerkamp	
	Bachstraße	
	Bahnhofstraße	
	Birkenkamp	
	Birkenstraße	
	Blumenweg	
	Brunnenstraße	
	Buchholzstraße	
	Drosselweg	
	Eichendorffstraße	
	Eichendehne	
	Erlenweg	
	Ermlandstraße	
	Ernst-August-Straße	
	Eschstraße	
	Feldstraße	
	Ferdinandstraße	
	Franz-Schubert-Straße	
	Fritz-Reuter-Weg	
	Georgstraße	
	Hannoversche Straße	
	Hehenbruchsweg	
	Heidländer Weg	
	Helferner Weg	
	Hermann-Löns-Weg	
	Im Erpener Feld	
	Kirchstraße	
	Lerchenweg	
	Lindenallee	
	Märckerstraße	
	Münstersche Straße	
	Nordstraße	
	Osnabrücker Straße	
	Osniweg	
	Otto-Kanzler-Weg	
	Parkstraße	

Quellgrund
Rettbergstraße
Schloenbachstraße
Sonnenhang
Sunderbrink
Teutoburger-Wald-Straße
Ulmenallee
Volkhardstraße
Waldstraße
Welfenallee
Wellengartenstraße
Wiekstraße
Wilhelm-Busch-Straße
Windungsweg
Zum Kahnteich

Auf den vorgenannten Straßen bzw. Straßenabschnitten gilt ebenfalls beidseitig die Leinenpflicht.



Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

29

Satzung

der Gemeinde Hilter a.T.W.

über die Veränderungssperre für den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 104 „Borgloh-Ortskern“

Aufgrund der §§ 10 und 58 der Niedersächsischen Kommunalverfassung (NKomVG) in Verbindung mit den §§ 14, 16 und 17 des Baugesetzbuches (BauGB) – jeweils in der zur Zeit geltenden Fassung – hat der Rat der Gemeinde Hilter a.T.W. am 09. Januar 2020 die folgende Satzung über die Veränderungssperre im künftigen Planbereich des Bebauungsplans Nr. 104 „Borgloh-Ortskern“ beschlossen:

§ 1

Zu sichernde Planung

Der Verwaltungsausschuss der Gemeinde Hilter a.T.W. hat in seiner Sitzung am 19. Dezember 2019 den Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 104 „Borgloh-Ortskern“ gefasst. Zur Sicherung der Planung wird für das in § 2 bezeichnete Plangebiet eine Satzung über die Veränderungssperre beschlossen.

§ 2 Räumlicher Geltungsbereich

Die Veränderungssperre umfasst den Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 104 „Borgloh-Ortskern“. Der Geltungsbereich der Satzung ist dem beigefügten Übersichtsplan zu entnehmen, der Bestandteil der Satzung ist.

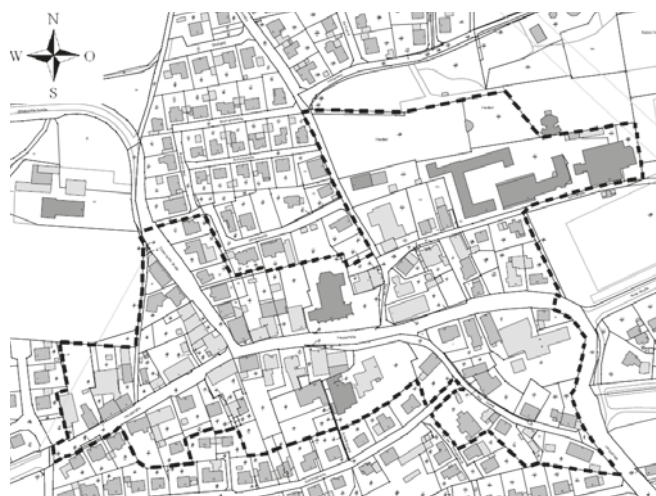
§ 3 Rechtswirkung der Veränderungssperre

- 1) Zur Sicherung der Planung dürfen im räumlichen Geltungsbereich der Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 104 „Borgloh-Ortskern“ gem. § 14 I BauGB
 - a) Vorhaben im Sinne des § 29 BauGB nicht durchgeführt und bauliche Anlagen nicht beseitigt werden,
 - b) erhebliche und wesentlich wertsteigernde Veränderungen von Grundstücken und baulichen Anlagen, deren Veränderungen nicht genehmigungs-, zustimmungs- oder anzeigepflichtig sind, nicht vorgenommen werden.
- 2) Wenn überwiegende öffentliche Belange nicht entgegen stehen, kann von Absatz 1 eine Ausnahme erlassen werden.
- 3) Von der Veränderungssperre werden nicht berührt:
 - a) Vorhaben, die vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre baurechtlich genehmigt worden sind
 - b) Vorhaben, von denen die Gemeinde nach Maßgabe des Bauordnungsrechts Kenntnis erlangt hat und mit deren Ausführung vor dem Inkrafttreten der Veränderungssperre hätte begonnen werden dürfen,
 - c) Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden von der Veränderungssperre nicht berührt.

§ 4 Inkrafttreten und Außerkrafttreten der Veränderungssperre

- 1) Die Satzung über die Veränderungssperre tritt nach dem Tag ihrer Bekanntmachung in Kraft.
- 2) Die Veränderungssperre tritt nach Ablauf von 2 Jahren außer Kraft. Die Veränderungssperre tritt in jedem Fall außer Kraft, sobald und soweit der Bebauungsplan Nr. 104 „Borgloh-Ortskern“ rechtskräftig geworden ist.
- 3) Die Gemeinde kann die Frist um ein Jahr verlängern.

Geltungsbereich der Veränderungssperre



Hilter a.T.W., den 09. Januar 2020

Der Bürgermeister
Marc Schewski

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

30

Haushaltssatzung der Gemeinde Merzen für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z. Zt. gültigen Fassung hat der Rat der Gemeinde Merzen in seiner Sitzung am 12.12.2019 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im **Ergebnishaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1	der ordentlichen Erträge auf	5.402.000 €
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	4.440.300 €
1.3	der außerordentlichen Erträge auf	0 €
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 €
1.5	Jahresergebnis	961.700 €

2. im **Finanzhaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1	der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	5.255.500 €
2.2	der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	4.189.600 €
2.3	der Einzahlungen für Investitionen auf	601.200 €
2.4	der Auszahlungen für Investitionen auf	3.491.200 €
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	2.104.100 €
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	280.000 €

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag	
der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	7.960.800 €
der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	7.960.800 €

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf **2.104.100 €**.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird festgesetzt auf **875.900 €**.

§ 5

Die Hebesätze für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

- | | |
|---|------------------|
| 1. Grundsteuer | |
| a) für land- u. forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) | 360 v. H. |
| b) für Grundstücke (Grundsteuer B) | 360 v. H. |
| 2. Gewerbesteuer | 380 v. H. |

§ 6

Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 117 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gelten als unerheblich, wenn sie 10 v. H. des jeweiligen Haushaltsansatzes, höchstens aber 2.000 € bei dem jeweiligen Haushaltsansatz nicht übersteigen. Bei den außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen beträgt der Höchstbetrag 2.000 €.

Merzen, den 12.12.2019

Gemeinde Merzen
Der Bürgermeister
Schröder

(Siegel)

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung der Gemeinde Merzen für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die gemäß § 120 Abs. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) erforderliche aufsichtsbehördliche Genehmigung hat der Landkreis Osnabrück, Kommunalaufsicht, 49015 Osnabrück erteilt.

Der Haushaltsplan 2020 liegt gem. § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG in der Zeit vom 16. bis einschließlich 24. Januar 2020 während der Dienststunden zur Einsichtnahme in der Samtgemeindeverwaltung Neuenkirchen, Zimmer 14, Alte Poststr. 5-7, 49586 Neuenkirchen, öffentlich aus.

Merzen, den 02.01.2020

Gemeinde Merzen
Der Bürgermeister
Gregor Schröder

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

31

Haushaltssatzung der Gemeinde Neuenkirchen für das Haushaltsjahr 2020

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der z. Zt. gültigen Fassung hat der Rat der Gemeinde Neuenkirchen in seiner Sitzung am 10.12.2019 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2020 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2020 wird

1. im **Ergebnishaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1	der ordentlichen Erträge auf	5.297.600 €
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	5.064.600 €
1.3	der außerordentlichen Erträge auf	0 €
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 €
1.5	Jahresergebnis	233.000 €

2. im **Finanzhaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1	der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	5.149.900 €
2.2	der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	4.827.300 €
2.3	der Einzahlungen für Investitionen auf	760.000 €
2.4	der Auszahlungen für Investitionen auf	4.503.600 €
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	3.600.000 €
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	179.000 €

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag	
der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	9.509.900 €
der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	9.509.900 €

§ 2

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf **3.600.000 €**.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen werden nicht veranschlagt.

§ 4

Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2020 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird festgesetzt auf **858.300 €**.

§ 5

Die Hebesätze für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2020 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
 - a) für land- und forstwirtschaftliche Betriebe (Grundsteuer A) 360 v. H.
 - b) für Grundstücke (Grundsteuer B) 360 v. H.
2. Gewerbesteuer 380 v. H.

§ 6

Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Sinne des § 117 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gelten als unerheblich, wenn sie 10 v. H. des jeweiligen Haushaltsansatzes, höchstens aber 2.000 € bei dem jeweiligen Haushaltsansatz nicht übersteigen. Bei den außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen beträgt der Höchstbetrag 2.000 €.

Neuenkirchen, den 10.12.2019

Gemeinde Neuenkirchen

Dr. Vitus Buntenkötter Hildegard Schwertmann-Nicolay
Bürgermeister Gemeindedirektorin

Bekanntmachung der Haushaltssatzung

Die vorstehende Haushaltssatzung der Gemeinde Neuenkirchen für das Haushaltsjahr 2020 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Die gemäß § 120 Abs. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) erforderliche aufsichtsbehördliche Genehmigung hat der Landkreis Osnabrück, Kommunalaufsicht, 49015 Osnabrück erteilt.

Der Haushaltsplan 2020 liegt gem. § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG in der Zeit vom 16. bis einschließlich 24. Januar 2020 während der Dienststunden zur Einsichtnahme in der Samtgemeindeverwaltung Neuenkirchen, Zimmer 14, Alte Poststr. 5-7, 49586 Neuenkirchen, öffentlich aus.

Neuenkirchen, den 02.01.2020

Gemeinde Neuenkirchen

Die Gemeindedirektorin
i.A. Lanwert

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

32

Bekanntmachung des Bebauungsplanes Nr. 160 „Westlich Wulfener Straße“ der Gemeinde Bissendorf

Der Rat der Gemeinde Bissendorf hat den Bebauungsplan Nr. 160 „Westlich Wulfener Straße“, bestehend aus der Planzeichnung mit textlichen Festsetzungen und örtlichen Bauvor-

schriften, in seiner Sitzung am 12.12.2019 als Satzung (§ 10 BauGB) sowie die Begründung nebst schalltechnischer Beurteilung beschlossen.

Das Bauleitplanverfahren wurde als beschleunigtes Verfahren gemäß § 13a BauGB durchgeführt.

Das Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 160 „Westlich Wulfener Straße“ umfasst den in der nachstehenden Übersichtskarte abgegrenzten Geltungsbereich:



Mit dieser Bekanntmachung wird der Bebauungsplan Nr. 160 „Westlich Wulfener Straße“ rechtsverbindlich und liegt mit der Begründung nebst schalltechnischer Beurteilung ab sofort im Fachdienst 4 - Planen und Bauen - der Gemeindeverwaltung Bissendorf, Rathaus, Kirchplatz 1, 49143 Bissendorf, während der Dienststunden zur Einsicht aus. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes Auskunft verlangen.

Auf die Rechtsfolgen des § 215 BauGB wird hingewiesen. Danach werden

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges

unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung der 1. Änderung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Gemeinde Bissendorf unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des BauGB über die Entschädigung von durch den o.a. Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Bissendorf, 30.12.2019

Gemeinde Bissendorf

(Siegel) Der Bürgermeister
Guido Halfter

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

Bekanntmachung
der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 151
„Wissingen-Nord“ der Gemeinde Bissendorf

Der Rat der Gemeinde Bissendorf hat in seiner Sitzung am 12.12.2019 die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 151 „Wissingen-Nord“, bestehend aus der Planzeichnung mit textlichen Festsetzungen als Satzung gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen und die Begründung zu diesem Bebauungsplan anerkannt.

Das Bauleitplanverfahren wurde als vereinfachtes Verfahren gemäß § 13 BauGB durchgeführt.

Die Abgrenzung des Geltungsbereiches für die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 151 „Wissingen-Nord“ ergibt sich aus der nachstehenden Übersichtskarte:



Mit dieser Bekanntmachung wird die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 151 „Wissingen-Nord“ rechtsverbindlich und liegt mit der Begründung ab sofort im Fachdienst 4 - Planen und Bauen - der Gemeindeverwaltung Bissendorf, Rathaus, Kirchplatz 1, 49143 Bissendorf, während der Dienststunden zur Einsicht aus. Jedermann kann über den Inhalt des Bebauungsplanes Auskunft verlangen.

Auf die Rechtsfolgen des § 215 BauGB wird hingewiesen. Danach werden

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes und
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges

unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung der 1. Änderung des Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Gemeinde Bissendorf unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 des BauGB über die Entschädigung von durch den o.a. Bebauungsplan eintretenden Vermögensnachteilen sowie über die Fälligkeit und das Erlöschen entsprechender Entschädigungsansprüche wird hingewiesen.

Bissendorf, 30.12.2019

(Siegel) **Gemeinde Bissendorf**
 Der Bürgermeister
 Guido Halfter

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

C. Sonstige Bekanntmachungen

1

Änderung
der Friedhofsgebührenordnung (FGO)
für den Friedhof der Ev.-luth. St. Johannis
Kirchengemeinde Engter in 49565 Bramsche

Der Kirchenvorstand der Ev.-luth. St. Johannis Kirchengemeinde Engter beschließt die Friedhofsgebührenordnung vom 04.09.2012 wie folgt zu ändern:

§ 6
Gebührentarif

II. Gebühren für die Bestattung

Für das Ausheben und Verfüllen der Grube:

- | | | | |
|----|--|--|--------|
| 1. | Für eine Erdbestattung | | |
| | b) Bei Verstorbenen ab dem 6. Lebensjahr | | 350,-€ |

Engter, den 10.12.2019

	Der Kirchenvorstand:	
Seller Vorsitzender	(Siegel)	Pn. Thamm weiteres Mitglied

Die Änderung der Friedhofsgebührenordnung sowie der Kirchenvorstandsbeschluss vom 10.12.2019 werden hiermit gemäß 66 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 und Abs. 5 der Kirchengemeindeordnung (KGO) kirchenaufsichtlich genehmigt.

Osnabrück, den 18.12.2019

(Siegel) **Kirchenamt Osnabrück-Stadt und -Land**
 Kusserow
 Oberkirchenrat

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

2

Änderung
der Friedhofsordnung (FO) für den Friedhof
der Ev.-luth. St. Johannis Kirchengemeinde Engter in
49565 Bramsche

Der Kirchenvorstand der Ev.-luth. St. Johannis Kirchengemeinde Engter beschließt die Friedhofsordnung vom 04.09.2012 wie folgt zu ändern:

§ 11
Arten und Größen

- (5) In einer bereits belegten Wahl- oder Urnenwahlgrabstelle darf zusätzlich eine Asche beigesetzt werden, wenn der bereits Beigesetzte der Ehegatte oder ein naher Verwandter des Beizusetzenden war.

§ 21
Entfernung von Grabmalen

- (2) Nach Ablauf des Nutzungsrechtes hat der bisherige Nutzungsberechtigte Grabmale und sonstige Anlagen zu entfernen. Soweit es sich um Grabmale nach § 22 handelt, bedarf die Entfernung der Zustimmung des Friedhofsträgers. Kommt der bisherige Nutzungsberechtigte seiner Verpflichtung nicht innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe über das Abräumen der Reihengräber (§12) oder nach Ablauf des Nutzungsrechtes an Wahlgräbern nach, kann die Kirchengemeinde die Abräumung auf Kosten des bisherigen Berechtigten vornehmen oder veranlassen. Für die entstandenen Kosten ist die nach der Gebührenordnung vorgesehene Gebühr zu zahlen. Ersatz für Grabmale oder sonstige Anlagen ist von der Kirchengemeinde nicht zu leisten. Die Kirchengemeinde ist auch zur Aufbewahrung abgeräumter Grabmale oder sonstiger Anlagen nicht verpflichtet. Die Verpflichtungen aus der vorstehenden Bestimmung erstrecken sich auch auf bei Inkrafttreten dieses Absatzes bereits vorhandene Grabmale und sonstige Anlagen.

Engter, den 10.12.2019

Der Kirchenvorstand:

Seller (Siegel) Pn. Thamm
Vorsitzende/r weiteres Mitglied

Die Änderung der Friedhofsordnung sowie der Kirchenvorstandsbeschluss vom 10.12.2019 werden hiermit gemäß 66 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 und Abs. 5 der Kirchengemeindeordnung (KGO) kirchenaufsichtlich genehmigt.

Osnabrück, den 18.12.2019

Kirchenamt Osnabrück-Stadt und -Land
(Siegel) Kusserow
Oberkirchenrat

Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020

3

Ankündigung
von Vermessungsarbeiten

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
die Amprion GmbH plant als verantwortlicher Netzbetreiber den Bau einer neuen 380-kV-Höchstspannungsleitung von der Landkreisgrenze Cloppenburg / Osnabrück bis zu der noch zu errichtenden Umspann- und Schaltanlage Merzen. Die geplante Höchstspannungsleitung stellt einen Teilabschnitt des Vorhabens Nr. 6 des Gesetzes über den Bundes-

bedarfsplan (BBPIG), Conneforde – Cloppenburg –Merzen, dar. Der von Amprion zu realisierende Abschnitt wird unter der Bauleitnummer (Bl.) 4377 geplant und umgesetzt.

Um unsere Planungen zu präzisieren und die Erstellung der Unterlagen für das sich anschließende Planfeststellungsverfahren fortzuführen, müssen Vermessungsarbeiten durchgeführt werden. Dazu ist eine Inanspruchnahme der aufgeführten Flurstücke erforderlich.

Vorgesehen ist die Vermessung der topographischen Gegebenheiten. Die Vermessung erfolgt durch einen Messtrupp, vorzugsweise mit einem sogenannten globalen Navigations-satellitensystem (GNSS-System), dass Lage und Höhe von Geländepunkten durch Auswertung von Satellitensignalen bestimmt. Wird der Empfang von Satellitensignalen durch nahegelegene Objekte wie zum Beispiel Baumkronen verhindert, kommen auch elektrooptische Messsysteme zum Einsatz. Die verwendeten Geräte können von einer bzw. zwei Personen getragen und bedient werden.

Um die Vermessungsarbeiten durchführen zu können, ist es erforderlich, Grundstücke sowie forst- und landwirtschaftliche Wege zu betreten. Die zur Vermessung vorgesehenen Flächen werden nur „fußläufig“ betreten, so dass keine Flurschäden zu erwarten sind.

Die Arbeiten sind in der Regel innerhalb eines Tages an den jeweiligen Stellen abgeschlossen. Gegebenenfalls müssen je nach Witterung und vermessungstechnischem Aufwand Flurstücke mehrmals an verschiedenen Tagen innerhalb des angegebenen Zeitraums betreten werden. Mit der Maßnahme haben wir die Firma Fischer Teamplan Ingenieurbüro GmbH beauftragt. Die Maßnahmen erfolgen auf Grundlage des § 44 EnWG (Energiewirtschaftsgesetz). Gemäß § 44 Abs. 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) handelt es sich um Vorarbeiten, die der Vorbereitung der Planung dienen. Sie müssen vom Eigentümer und sonstigem Nutzungsberechtigten geduldet werden.

Frühester Beginn der Vermessungsarbeiten ist Montag, der 20.01.2020. Die Arbeiten werden voraussichtlich am Samstag, den 28.03.2020 abgeschlossen sein.

Wir bedanken uns vorab für Ihr Verständnis.

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

Achim Röttger

Tel.: 0231-5849- 12951 · Mail: achim.roettger@amprion.de
Amprion GmbH · Rheinlanddamm 24 · 44139 Dortmund

LFD.

NR.	GEMARKUNG	FLUR	FLURSTÜCK
1	Rüssel	1	14/7; 10/4; 10/14; 2; 15; 5/1; 467/1; 1/1: 467/2; 467/3; 74/10; 47/15; 74/31; 74/34; 490; 477; 479; 471; 472; 459; 474; 74/28; 481; 470; 469; 466; 465; 464; 456; 3; 473; 458; 483; 484; 478; 480; 173; 482; 74/35; 7/3; 174/3; 4; 74/32
2	Tütingen	2	427/1; 434; 423; 421/1; 430; 424; 431; 432; 433; 425; 434; 423; 421/1; 424; 431; 432; 433; 425

LFD. NR.	GEMARKUNG	FLUR	FLURSTÜCK	LFD. NR.	GEMARKUNG	FLUR	FLURSTÜCK
3	Rüssel	2	6/1; 5/5; 5/9; 194; 481; 450; 491; 489/2; 490; 489/1; 492; 488; 477/2; 476/4; 480; 208/6; 209; 208/3; 208/5	18	Vehs	8	43/7; 41/1; 36/1; 38/3; 42/3; 43/8 305; 304/1; 311; 308; 301/1; 300/1; 306; 309/1; 307/1 302/2; 312;
4	Tütingen	3	113; 112; 115/1; 114; 113; 112;	19	Ahausen-Ankum	9	72/1; 55; 70; 71; 67/1
5	Ahausen	3	103; 97/1; 100; 104; 101; 99; 106; 107; 102; 105	20	Vehs	9	340/1; 319/1; 341; 357; 348; 350; 344; 349/1; 356; 316/1; 324; 353; 352; 342; 354; 320/1; 347/1; 346/1; 316/2; 361; 343; 321; 358; 351; 345; 322; 300; 325; 326; 355
6	Borg	4	34/1; 77/34; 78/40; 34/2	21	Borg	9	27/3; 47/6; 85/12; 85/13; 133/80; 77/1; 191/78; 35/1; 50/3; 121/31; 138/37; 180/46; 85/14; 66/1; 68/1; 29/1; 21/1; 25/1; 65/2; 46/5; 48/9; 105/33; 10; 139/38; 46/12; 140/39; 190/78; 46/11
7	Westerholte	4	5/4; 6/1; 7/1; 5/5; 5/11	22	Borg	10	32/7; 32/8; 46/9; 90/29; 90/30; 43/5; 32/6; 37/8; 37/10; 32/10; 32/11; 37/9; 43/4 335/12; 28/13
8	Nortrup	4	300; 301/1; 53/1; 1/6; 302	23	Essen Oldenburg	11	145/23; 120/1; 65/2; 30; 15/1; 25/1; 5/1; 12/1; 475/6; 449/11; 458/112; 16; 17; 18; 10; 9; 8; 125/1; 125/2; 125/5; 125/8; 120/1
9	Groß Mimmelage	4	307/1; 2/2; 9/3; 102/14; 3/17; 310; 300/1; 89/1; 88/3; 93/5; 98/5; 16/5; 98/9; 17/72; 17/75; 17/79; 42/2; 92/4; 305; 303; 54/5; 17/81; 46/16; 306; 304; 61; 26/2; 47/5; 56; 49; 57/2; 63; 12/4; 62; 48/5; 43/2; 3/18; 50; 43/2; 64; 17/62; 88/2; 2/3; 12/3; 4/4; 4/5; 16/6; 16/7; 17/77; 60; 309; 3/14; 44/2; 22/10	24	Essen Oldenburg	12	60; 48; 53; 16; 52; 15; 54; 47
10	Ahausen	5	4; 125; 112; 113; 91; 108/1; 86; 120; 119; 114; 84; 85; 121; 89; 116; 115; 92; 90; 117; 124; 87; 102; 123; 122	25	Ahausen	16	66/2; 66/5; 66/6; 66/10; 66/11; 66/7; 66/8; 66/12; 66/14; 66/1; 66/3; 66/4; 66/15; 66/21; 66/18; 66/9; 66/19; 66/20
11	Groß Mimmelage	5	1/8; 235/185; 179/1; 178/2; 41; 306; 300; 1/6; 18/1; 18/2; 18/3; 212/27; 239/37; 238/37; 305 6/1; 38/1; 47/1; 301; 302; 304; 19/1; 7/3; 7/4; 8; 44/2; 44/3; 111/1; 110/1; 303; 16/1; 16/2; 21/1; 34/1; 5/1; 4/1; 3/1; 35/1; 215/30; 216/31; 14/1; 14/2; 14/3; 235/185; 178/2; 180; 2; 1/7; 177/14; 175/2; 18/3; 19/1; 173/2; 172/2; 200/174; 176/2; 174/2	26	Quakenbrück	17	
12	Westerholte	5	46/6; 46/3; 53; 46/5; 56/1; 58/2; 55/3; 56/3; 56/1; 58/2; 55/3; 56/3; 46/4; 57; 12/5	Amtsblatt für den Landkreis Osnabrück Nr. 1, 15. Januar 2020			
13	Rüssel	5	100; 103/1; 101/1; 102				
14	Tütingen	5	12/5				
15	Rüssel	6	288; 277; 284; 286; 283; 279/1; 289; 285; 278/1; 287; 276; 274/1; 269/4; 277; 268; 225; 226; 223; 243; 220; 222; 219; 232/2; 270/2; 264; 267; 279/1; 269/3; 224; 278/1; 280/1; 221; 218				
16	Borg	7	144/1; 140; 106/1; 103/1; 87/1; 83/1; 82/1; 87/2; 113/7; 107/1; 144/1; 145/2; 140; 114/1; 106/1; 103/1; 115/3; 113/7; 111/4; 107/1; 115/3				
17	Borg	8	47/2; 4/2; 46; 36/1; 12/3;				

